

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 56

Sept./Okt. 2011



Kommunalwahl: Gewinner und Verlierer

SVO bleibt der »Big Player«



Neues aus Wietze

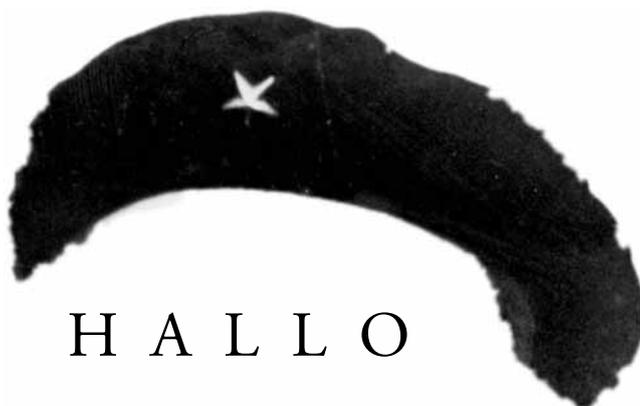


Erst Grohnde, dann Gorleben

Kampagne für kurdische Identität

INHALT

Wahlergebnis in der Stadt	
CDU schmiert gewaltig ab	3
Wahlergebnis im Kreis	
Klare Mehrheit für die Reaktion	4
Was auch möglich wäre – eine kleine Utopie	
Kommune jetzt!	5
Angst geht um im AKH	
Lohnkürzungen und Privatisierung?	8
Rekommunalisierung scheitert auf ganzer Linie	
SVO bleibt eingeschaltet	9
Laternengespräche	10
Quer durch Stadt und Landkreis	12
CDU zur Massentierhaltung	
Alles ist möglich – ihre CDU	15
Schlachthof nimmt Betrieb auf	
Ungültiger Bebauungsplan?	16
Ende November rollen die Castoren	
Gorleben soll leben	17
Anti-AKW-Meldungen	18
Kampagne zur Anerkennung kurdischer Identität	
Identität in der Fremde	19
Implementierung der UN-Resolution zu Libyen	
Politik der humanitären Intervention	22
Biermannstraße 16 - Interview	
Den Punk zurück nach Celle bringen	24
CellAir Musicdays	
Wie weiter nach dem Flop?	26
Veranstaltungen in der Synagoge	28
Grundzüge einer Postwachstumsökonomie	29
Termine in Kino, Kultur & Politik	30



HALLO

„Geld ist eine Waffe. Politik ist zu wissen, wann man abdrückt.“

Don Corleone

Vieles, sehr vieles im Leben passiert unbewusst. Irgendwie gefiel uns ein Bild des Paten als Aufmacher für eine Nachwahlbetrachtung. Erst beim Ausdruck fiel uns das Menjou-Bärtchen auf & dann auch, woran es uns erinnerte: An die Wahlplakate von Olli »Bürger« Müller. Und ob nicht tatsächlich das neue Ratsmitglied in vielleicht 20, 25 Jahren zu einer Ähnlichkeit ...
Aber lassen wir das, denn irgendwann, möglicherweise aber auch nie, werden wir ihn vielleicht bitten müssen, uns eine kleine Gefälligkeit zu erweisen.

Im Übrigen: »Bürger« - das hatte Klasse, weil wir uns selbstverständlich sofort an Robespierre, Danton und St. Just erinnerten.

*HERMAN zu Danton. Ihr Name, Bürger.
DANTON. Die Revolution nennt meinen Namen.
Meine Wohnung ist bald im Nichts und mein Name im Pantheon der Geschichte.*

Büchner – selbstverständlich: FRIEDE DEN HÜTTEN! KRIEG DEN PALÄSTEN!

Mit »Bürger« Müller wird unsere kleine Welt hoffentlich ein bisschen bunter: Glückwunsch!

Freuen tun wir uns mit Behiye Uca – denn es ist nicht ganz ohne Symbolwert: als erstes Mitglied der kurdischen community im Stadtrat. - Schließlich wünschen wir noch Thorsten Müller, dass er nicht zuviel Zeit sinnlos im Samtgemeinderat und Gemeinderat verbringen muss. – Und um auch die Frage zu beantworten: Wir sind bei den Grünen (in Teilen) differenzierungsfähig!

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

CDU schmiert gewaltig ab

Für autonome Linke ist jede Wahl ernüchternd, die Ergebnisse lassen sich nicht einmal »schön trinken«. Das mussten die Mitglieder der Linken und die Freunde des BSG am Wahlabend feststellen. Denn mehr als die zusammengerechneten 5 Prozent waten schon erhofft worden. Aber wie immer bei Wahlen lassen sich auch positive Aspekte abgewinnen: Mit Behiye Uca für Die Linke ist eine Kurdin im Stadtrat und mit Oliver »Bürger« Müller für das BSG ein dem linken Milieu »verwandter« Alternativer in den Stadtrat eingezogen. Mehr als nichts und eine repräsentative und vielleicht auch interessante Konstellation, wenn sich die beiden zu einer Fraktion zusammenschließen.

Als Gewinnerin darf sich die SPD fühlen, die fast die meisten Stimmen erhalten hätte – im Endeffekt aber auf den 13 Sitzen hängen bleibt die sie seit gefühlten 30 Jahren im Rat hat. Die CDU hat sie zwar nur noch um gut 300 Stimmen, sprich 100 Wähler_innen toppen können, aber: Das brachte ihr einen Sitz mehr. Das dürfte auch die CDU noch als positiv verbuchen, denn ihnen sind die 10 % der Stimmen flöten gegangen, die Die Unabhängigen erzielten. Die ziehen mit vier Abgeordneten ein.

Trotz guter Zugewinne und dem erstrebten Platz 3 dürften die Bündnisgrünen unterm Strich enttäuscht sein, denn trotz guter bundesweiter Konjunktur gewannen sie gegenüber 2006 nur einen Sitz hinzu. Positiv ist anzumerken, dass bei ihnen 4 der 5 Mandatsträger Frauen sind.

Die FDP hat – wie zu erwarten – kräftigt verloren und hat mit gut 4 % nur noch zwei Sitze. Die WG hat ebenfalls zwei Sitze gewonnen, aber ihr Ergebnis gegen-

über 2006 um einen Sitz verbessert.

Zu der Mehrheit links der Mitte – wie es Willy Brandt mal nannte – reicht das Ergebnis nicht. Aber auch das konservative Milieu hat angesichts der tiefen Gräben zwischen CDU und Unabhängigen kaum Chancen eine tragfähige Mehrheit zusammen zu bekommen. Also bleibt alles, wie es zuletzt war: CDU und SPD werden sich über den Kurs in der Kommunalpolitik verständigen und dem OB die »verlässliche Mehrheit« verschaffen, die er sich auf Plakaten gewünscht hat.

Ein Blick auf die Sitzverteilung im Stadtrat seit 2001:

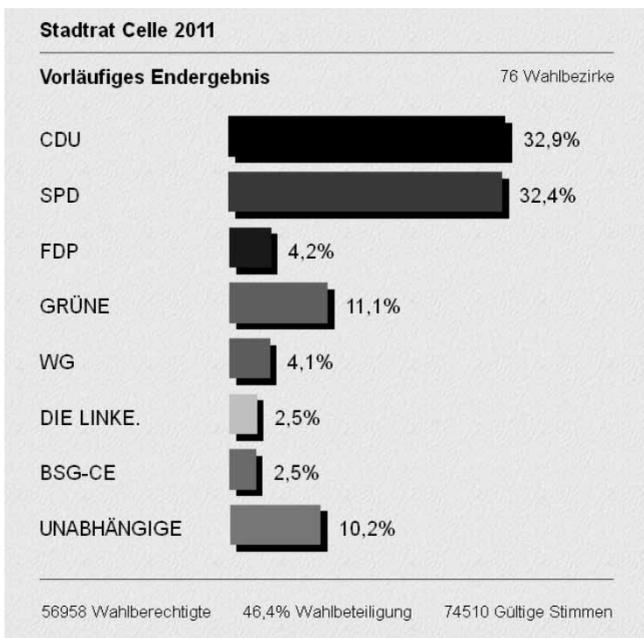
	2011	in %	2006	in %	2001	in %
CDU	14	32,9	17	41,1	20	44,4
UNA	4	10,2				
SPD	13	32,4	13	30,6	13	29,8
FDP	2	4,2	5	12,5	3	8,8
WG	2	4,1	1	3,4	3	7,4
GRU	5	11,1	4	8,9	3	7
LIN	1	2,5				
BSG	1	2,5	1	1,4		

Was ist also neu? Immerhin die Hälfte aller Ratsmitglieder - und das ziemlich gleichmäßig verteilt über alle Fraktionen. Mit Behiye Uca ist erstmals ein Mitglied der kurdischen community in den Rat gewählt. Das hätte mehr werden können, wenn Die Linke bzw. das BSG mehr Stimmen erhalten hätte – beide hatten einen 45 %-igen Anteil von Kandidat_innen mit Migrationshintergrund; im Unterschied zum Beispiel zu den Bündnisgrünen die niemanden mehr aufzuweisen hatten.

Der Anteil der Frauen im Rat steigt von 12 auf 15. Zunächst werden aber wohl noch einmal die alten Männer in den Ring steigen: Gevers, Rejmann, Falkenhagen, Hörstmann. Aber deren Ablösung ist mittelfristig in Sicht.

Was könnte die Wahl bringen hinsichtlich einer tatsächlich nachhaltigen Politik? Wenig. Es gibt kaum jemanden, die/der in der Lage oder bereit wäre mit dem Wachstumsparadigma zu brechen.

Immerhin dürfen wir von »Bürger« Müller erhoffen, dass er die alte Garde häufiger Mal mit produktiver Alltagsvernunft nervt. – Ach so: Für alle die meinen, auf ihre Stimme käme es nicht an. 56 Stimme (= 20 Wähler_innen) weniger für das BSG und »Bürger« Müller könnte weiter seinen Hobbys nachgehen.



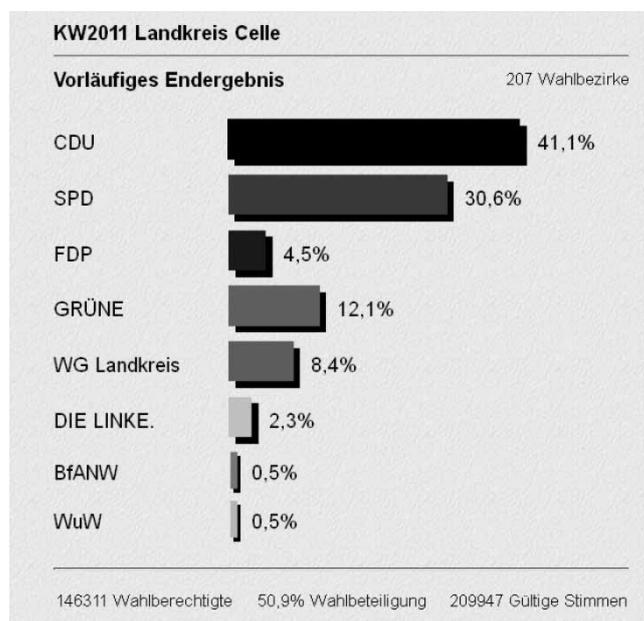
Klare Mehrheit für die Reaktion

Es ist ein Trauerspiel: Da macht der Landkreis mit Unterstützung von CDU/FDP/WG seit Jahren eine grunzreaktionäre Politik – Schulstrukturreform, Sozialpolitik, Schlachthof – und ... sie bekommen dafür ein klares »Weiter so!« vom »Wahlvolk«.

Die CDU verlor 3,9 %-Punkte, die FDP 5,3 – während Grüne 5,1 % und die WG 3,8 %-Punkte zulegen. Die SPD gewann nichts hinzu. Sie scheiterte so gesehen komplett mit ihrem Kurs der Anbiederei und Ambivalenz gegenüber Wiswes Kurs.

CDU (24), FDP (3), WG (5) bringen eine bequeme Mehrheit von 32 der 58 Sitze zusammen, so dass man sich sogar jeweils einzelne Abweichler leisten kann.

Die Opposition geht nur leicht gestärkt hervor: die SPD gewann drei Sitze hinzu (jetzt 18), die Grünen 3 (jetzt 7), während Die Linke zwar einen Sitz gewann, aber da das BSG im Kreis nicht kandidierte, jetzt mit der Einzelabgeordneten Behiye Uca dasteht.



Wietze: Juretzko scheitert

Letztlich war das Thema Massentierhaltung und Schlachthof weder in Wietze, noch im Flotwedel ein wahlentscheidendes Thema. In Wietze heißt der neue Bürgermeister wie der alte: Wolfgang Klußmann – und er ist ein klarer Befürworter des Schlachthofes. Er erhielt 64,5 %. Der erklärte Schlachthofgegner Norbert Juretzko kam mit 11,4 % nur auf den dritten Platz. Selbst der meinungslose SPD Kandidat Tobias Oehler bekam mit 24,1 % mehr Zustimmung. Die Kandidatur Juretzkos dürfte so – unterm Strich – der Bürgerinitiative deutlich mehr geschadet, als genutzt haben. Denn hochgejazzt zu einem Bürgervotum um den Schlachthof hat Wietze jetzt ein Ergebnis. Und mit 62 % war sogar die Wahlbeteiligung ziemlich hoch.

Die von BI-Mitgliedern gegründete Wählergemeinschaft erhielt für den Wietze Gemeinderat 6, 8 % und zwei Sitze (einer für Juretzko); die Bündnisgrünen bekamen 10,6 % und ebenfalls zwei Sitze.

Flotwedel: BI-Vorsitzender im SG-Rat

In den Samtgemeinderat Flotwedel zog der Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen Massentierhaltung, Thorsten Müller auf der Liste der Grünen ein – von Listenplatz 8 nach vorn gewählt. Die Grünen kamen auf 12,5 %, immerhin 8,6 % mehr als 2006. Aber was nutzt es? Die CDU erreichte mit ihrem Bekenntnis zu Massentierhaltung (siehe S. 15) 51,7 % und die Mehrheit der Sitze. Vielleicht aber kommt die Bürgerinitiative künftig so besser an Verwaltungsinformationen.

Schulstrukturreform

Dass die Schulstrukturreform im Wahlkampf keine Rolle spielte, dürfte vor allem dem nicht nachvollziehbaren Verhalten der SPD-Kreistagsfraktion geschuldet sein. Denn die stimmte im Kreistag der Umstrukturierung zu und wollte nur die Stadt Celle anders behandelt wissen. Aber wenn die Oberschule pädagogisch für Winsen taugt, bleibt eher unklar, warum es für Celle schlecht ist.

Immerhin wehrt sich die Stadt (mit Unterstützung der CDU-Fraktion) juristisch dagegen, dass ihr ohne Abstimmung Oberschulen aufgedrückt werden sollen, die zu nichts anderem taugen, als die frühe Selektion einfach nur den sinkenden Schüler_innenzahlen anzupassen. Der rein technokratische Ansatz wird in Celle besonders deutlich. Die Oberbeschulung soll nicht einmal in einem Gebäude erfolgen, sondern die Oberschule Burgschulzentrum soll die Klassen 5 und 6 in der Blumläger Schule haben, und die Oberschule in der Heese eine ebensolche Außenstelle in Westercelle.

Nix für Neonazis

Was Gutes hatte die Wahl vielleicht doch: Die NPD trat nicht an. Köhlers Sozialpatriotisches Bündnis gibt's nicht mehr (er sitzt jetzt für die CDU in den Parlamenten). Der stille »Republikaner« Klaus Schaa ist nach 10 Jahren nicht mehr im Stadtrat. Rausgeflogen ist auch der Rechtsaußen Frank Pillibeit, der jetzt nur noch im Altenceller Ortsrat das »Volk« mit seinen Hygienevorschlägen beglücken darf. Tun wir mal so, als sei es ein Erfolg der antifaschistischen Arbeit vor Ort.

Kommune jetzt!

Was wäre, wenn eine Liste mit einem eindeutigen Programm für die ökologische und soziale Wende eine Mehrheit bekommen hätte? Mit welchen Ideen und Zielen könnte eigentlich jenseits der Konsensmaschine Politik gemacht werden? – Wir stellen uns mal vor, eine radikale Liste mit Namen »Kommune jetzt!« hätte die Kommunalwahl gewonnen und würde in der ersten Ratssitzung ihr Programm präsentieren. (Wir würden uns freuen, wenn's darauf mal Reaktionen gäbe.)

Die Liste »Kommune jetzt!« hat 59 % der abgegebenen Stimmen bekommen. Damit haben wir im Rat eine klare Mehrheit, die wir nutzen wollen, um Celle – wie in unserem Programm angekündigt – zu einer »partizipativen Öko-Kommune« umzubauen. In den nächsten fünf Jahren werden wir dazu einer Reihe radikaler Veränderungen durchführen. Zwei Aspekte sind dabei leitend: 1.) Klimapolitik, d.h.: die Reduzierung des Pro-Kopf-Verbrauchs an CO₂ auf vier Tonnen im Jahr bis 2021 und auf zwei Tonnen bis 2050; 2.) Partizipation, d.h.: die Etablierung einer Teilhabegesellschaft, die in den nächsten 10 Jahren z.B. den vollständigen Ausstieg aus Hartz IV erreicht. Kurz: Wir wollen auf kommunaler Ebene eine energetische und soziale Wende um 180 Grad.

Zunächst zum materiellen Kern des angestrebten Wandels – der energetischen Wende:

In klimapolitischer Hinsicht wollen wir in der nächsten Dekade 1.) zu einer vollständigen Stromversorgung durch erneuerbare Energien kommen. Und wir wollen 2.) den Energieverbrauch auf vier Feldern drastisch senken: Verkehr, Produktion, Haushaltsenergie, Konsum.

Zum Ausbau der erneuerbaren Energie werden wir zum einen zwei Flächen komplett für Windkraftanlagen ausweisen, und zwar den freiwerdenden Flughafen Wietzenbruch und den Truppenübungsteil des ehemaligen Bundeswehrgeländes in Scheuen. Zum anderen wollen wir die Ausstattung von 1/3 der in Frage kommenden Dachflächen mit Fotovoltaikanlagen erreichen. Damit ist, eine Senkung des Verbrauchs um 30 % vorausgesetzt, eine vollständige Versorgung mit regenerativem Strom erreichbar.

Wir werden für die Windparks Investoren finden. Beim Ausbau der Photovoltaik setzen wir neben einer kommunalen Förderung für Eigenheimprojekte vor allem darauf, dass die Stadt für größere Flächen als Mitgesellschafter Anstöße zur Gründung von Energiegenossenschaften gibt. Es gibt – wie Sie wissen – genug anlagensuchendes Kapital auch in dieser Stadt; die Sonne bietet zur Zeit die sicherste Rendite. Wie wir die kommu-

nale Förderung finanzieren wollen, dazu später.

Das größere Problem ist die Senkung des Energieverbrauchs. Im Strombereich werden wir unser Ziel mit einer umfassenden Informations- und Beratungskampagne durch die neu zu gründende Klimaschutzagentur erreichen. Aber wie sieht es bei dem nicht stromgebundenen Energieverbrauch aus?

1.) Der innerstädtische PKW-Verkehr, also die Fahrten von einem in der Stadt liegenden Punkt A zu einem in der Stadt liegenden Punkt B, soll überflüssig werden. Wir streben eine Senkung auf 10 % der heute gefahrenen Kilometer an. Wir führen anstelle dessen den kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr ein. Der ÖPNV wird nicht nur kostenlos, er wird deutlich ausgebaut. Dabei sollen alle großen Betriebe – genau wie heute schon die Schulen – punktgenau zu Schichtbeginn und Ende bedient werden.



Es wird zudem ein Abendverkehr eingeführt, der zur Belebung der Altstadtgastronomie und intensiveren Nutzung der Freizeiteinrichtungen beitragen wird. Schritt für Schritt werden wir – wo es ohne zusätzliche Versiegelung möglich ist – die randständigen Stadtteile mit Fahrradstraßen ans Zentrum anbinden. Zur Finanzierung des Umsonstverkehrs später.

Die bestehenden Parkhäuser werden Schritt für Schritt in ihrer Kapazität begrenzt und umgenutzt. Die obersten Parkflächen werden ab sofort in städtische Gartenbauflächen umgewandelt.

Selbstverständlich stoppen wir sofort den weiteren Bau der Ostumgehung! Und wir werden eine Versiegelungssatzung beschließen, die die Stadt verpflichtet, jedes Jahr ein Prozent ihrer versiegelten Flächen zu renaturieren.

2.) Das einzige Feld, wo wir wirklich eine Beschleunigung wollen, ist die energetische Gebäudesanierung. Wir haben in unserer Stadt ein ganz spezielles Problem im hohen Durchschnittsalter der Eigenheimbesitzer; be-

kanntlich sinkt der Antrieb zu energetischer Sanierung mit dem Alter. Dies müssen wir vor allem mit Aufklärung umkehren. Aber wir wollen hier ein zusätzliches Druckmittel einsetzen. Der Hebesatz für die Grundsteuer B, also jene für bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude, wird von 420 % auf 630 % angehoben. Die dadurch erzielten zusätzlichen Einnahmen werden aber komplett wieder ausgeschüttet, wo Investitionen in die energetische Sanierung vorgenommen werden. Wir erwarten hierdurch einen enormen Schub, der im übrigen über zwei, drei Jahrzehnte das Handwerk in dieser Stadt beleben wird. Die städtische Klimaschutzagentur wird im übrigen kostenlos eine Beratung durchführen, damit Sanierungsmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sie den größten CO₂-Einspareffekt haben. Beim Mietwohnungsbau setzen wir zudem auf gasbetriebene Blockheizkraftwerke.

3.) Nach Jahrzehnten, in denen die Stadtpolitik vor allem dadurch bestimmt schien, den Konsumhunger der Bevölkerung zu steigern, wollen wir jetzt das Gegenteil erreichen. Kauft keinen Schrott, verhaltet Euch nachhaltig! Das ist die Botschaft von »Kommune jetzt!« an die Celler Bevölkerung. Auch hier ist unser wichtigster Motor die Aufklärung durch die Klimaschutzagentur. Aber wenn wir fordern »nachhaltig und regional«, dann wollen wir dies z.B. im Lebensmittelbereich so fördern, dass wir über Kooperationen mit landwirtschaftlichen Betrieben in und um Celle den Anteil regionaler und biologischer Versorgung deutlich steigern wollen. Statt den Discountern auf der ehemals grünen Wiese wollen wir mit Stadtteilmärkten die Angebotssituation drastisch verändern. Und wir hoffen darauf, dass die Bevölkerung mitzieht. Standbetreiber_innen bekommen ab sofort prozentual jenen Teil der Standgebühren erlassen, in dessen Höhe sie regional angebaute oder hergestellte Produkte anbieten.

Auf geeigneten Flächen werden wir genossenschaftlich betriebene Stadtteilmärkte entstehen lassen; aber auch im Umland werden wir – falls die landwirtschaftlichen Betriebe nicht mitziehen, Flächen anpachten und zur genossenschaftlichen Nutzung für Gemüse und Obstbauplantagen freigeben.

4.) Die Produktionsbetriebe, die Dienstleister und Handwerk haben ein Eigeninteresse an der Senkung ihrer Energiekosten. Aber: Dieses Interesse ist höchst selten an Nachhaltigkeit ausgerichtet, sondern eben einzig an der Steigerung des Gewinns. Daran lässt sich im Rahmen kommunaler Verordnungen kaum etwas ändern. Deshalb werden wir auch hier eine marktgemäße Schraube ansetzen. Wir werden den Gewerbesteuerhebesatz von 380 % auf 570 % anheben. Die Hälfte der zusätzlichen Einnahmen werden wir für die Umsetzung von zusätzlichen Energieeffizienzmaßnahmen zurückgeben.

Zwei Modellprojekte sollen der Ausrichtung unserer Klimaschutzpolitik einen ausstrahlenden Rahmen geben:

1.) Wir wollen den Ausbau der Allerinsel zu einer energieautarken, PKW-freien Siedlung mit einem hohen Anteil an Gemüseselbstversorgung – ein Öko-Vorzeigeprojekt. Wir werden hierfür Investoren finden, und wir werden uns nicht retten können vor den Menschen, die dort werden leben wollen. Selbstverständlich heute auf der Allerinsel vorgehaltenen PKW- und Wohnwagenparkplätze verschwinden und auch die Schützen werden auf einem anderen Standort feiern müssen.

2.) Wir wollen die Militärbrache an der Hohen Wende komplett als Gewerbegebiet für mittelständische Unternehmen der regenerativen Energie ausweisen. Das Gelände ist in vieler Hinsicht ideal: Bahnanbindung, ein angrenzender Stadtteil mit Mietwohnungen.

Soziale und kulturelle Teilhabe ist der andere wichtige Pfeiler unserer Politik in den nächsten Jahren. Folgende Ziele verbinden wir damit:

1.) Wir wollen die Zahl der qualifizierten Schulabschlüsse deutlich erhöhen. In fünf Jahren soll nach Möglichkeit niemand mehr ohne Schulabschluss bleiben. Die Zahl der Abschlüsse, die einen Hochschulzugang ermöglichen, soll insbesondere für die kurdische Bevölkerungsgruppe deutlich erhöht werden. Dafür werden drei Integrierte Gesamtschulen in Celle eingerichtet – und zwar: das Burgschulzentrum inklusive Gymnasium Ernestinum, das Schulgelände Heese und das HBG. Als Gymnasium erhalten bleibt einzig das KAV. Als integrative Oberschulen werden geführt die Blumlage, die Neustadt und Westercelle.

2.) Die Zahl der Hartz IV-Leistungsbezieher_innen soll mit einem Beschäftigungsprogramm bis 2016 zunächst um die Hälfte reduziert werden. Der wesentliche Baustein zum Gelingen werden dabei Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung bilden. Die Stadt gibt hierfür den Anstoß und bildet einen Beschäftigungsverbund mit der Wirtschaft und der neu gegründeten Arbeiterkammer. Dabei geht es nicht um die Einführung repressiver Arbeitsdienste, sondern zum Beispiel um die Aufwertung von sinnvollen Tätigkeiten, mit denen heute kein Einkommen erzielt werden. Es kann auch darum gehen, hier und da den Einsatz von Maschinen durch Handarbeit zu ersetzen. Aber: kein Arbeitszwang – wer nicht kann oder will, der oder dem erleichtern wir den Zugang zur Sozialhilfe.

3.) Um den Einfluss der Beschäftigten auf die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, wird die Stadt Initiativen zur Bildung einer Arbeiterkammer ergreifen. Diese Arbeiterkammer setzt sich als Parlament der Beschäftigten zusammen aus Vertreter_innen aller Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, wobei je ein Vertreter_in pro angefangene 100 entsandt wird. Diese Arbeiterkammer soll sich unserer Auffassung nach betriebsübergreifend mit folgenden Fragen beschäftigen: Entwicklung von Modellen der Arbeitszeitverkürzung auf

betrieblicher Ebene, Verbesserung der Nachhaltigkeitsstrategien in den Betrieben, Integration von auf dem Arbeitsmarkt benachteiligter Personengruppen. Der Arbeiterkammer wird in jedem kommunalen Fachausschuss ein beratender Sitz eingeräumt. Die Stadt stellt der Arbeiterkammer in den ersten fünf Jahren ein Gebäude und technisches Personal zur Verfügung.

Wir wollen mit diesem Maßnahmenpaket auf der Basis von Chancengleichheit die Qualifizierung der Bevölkerung verbessern. Über Modelle der Arbeitszeitverkürzung und der überbetrieblichen Zusammenarbeit der Beschäftigten wollen wir die Umgestaltung der Betriebe hin zu sozialen und nachhaltigen Strategien anregen. Mehr ist aus unserer Sicht von kommunaler Seite her leider nicht machbar.



In vielem wird für diese strategische Umorientierung im Ökologischen und Sozialen die Klimaschutzagentur von großer Bedeutung sein. Diese Klimaschutzagentur wird aus den Mitteln der städtischen Energieaktien betrieben; die bisherige hierdurch finanzierte Subventionierung der Union wird beendet. Die Klimaschutzagentur wird in Zukunft das zentrale Steuerungsinstrument für alle energetischen Maßnahmen im Stadtbereich – zuständig also für die Energiewende, für Energieeffizienz und –suffizienz, also Energieeinsparung. Gleichzeitig ist sie ein wichtiger Akteur bei dem von uns angestrebten Mentalitätswandel, der auf eine Entschleunigung aller gesellschaftlichen Aktivität zielt.

Zuletzt einige Anmerkungen zur Finanzierung. Neben der deutlichen Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B wollen wir ein Bürgergeld. Auf freiwilliger Basis entrichtet jeder Haushalt ein Prozent seines Nettoeinkommens an die Stadt. Bei dem aktuellen Netto-Äquivalenzeinkommen von durchschnittlich 1268 Euro pro Kopf hat dieses Bürgergeld für einen Zwei-Personenhaushalt in etwa die Höhe der GEZ-Gebühr. Gleichzeitig verbessert sich die Einnahmesituation der Stadt um gut 10 Millionen Euro im Jahr. Damit können wir sämtliche freiwilligen Leistungen des Haushalts finanzieren und wir können so den kostenlosen ÖPNV einführen.

Alle Mitglieder der Haushalte, die das Bürgergeld

entrichten, bekommen hierfür eine Chipkarte. Diese berechtigt zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV im Stadtbereich und beinhaltet gleichzeitig eine Flatrate für alle städtischen Kultureinrichtungen und Bäder. Wer dieses Bürgergeld nicht zahlt – also nicht über die Bürgerkarte verfügt, wird allerdings künftig die realen Kosten für einen Theater- oder Konzertbesuch wie auch für die Nutzung von Hallen- und Freibädern entrichten müssen. – Für Touristen werden wir eine Art Besuchs-Taxe anbieten, die die Nutzung der Kultureinrichtungen zu zivilen Preisen ermöglicht. Die Landkreisbevölkerung soll auf Grundlage von Vereinbarungen im Rahmen der Kreisumlage in die Flatrate einbezogen werden.

Ein Letztes zur Verwaltung: Wir erwarten von der Verwaltungsspitze und allen Angestellten, dass sie diese Politik solidarisch, d.h. nicht kritiklos umsetzen. Wer diese Ziele allerdings sabotieren will, sollte sich auf den Leitungsebenen besser nach einem neuen Job umsehen. Die neue zweite Frau neben dem Oberbürgermeister wird die Leiterin der Klimaschutzagentur sein.

Wichtiger aber wird werden, wie sich die Bürgerinnen und Bürger zu unserer Politik der »partizipativen Öko-Kommune« stellen. Wir sichern hier eine umfassende Transparenz aller Maßnahmen zu, nirgendwo soll solidarische Kritik unberücksichtigt bleiben. Neben der Plattform des Internet wollen wir die Kommunikation auf Augenhöhe. Hierfür wird einmal im Monat eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder in der Exerzierhalle stattfinden, in der sich unsere Ratsmitglieder ihrer Verantwortung stellen.

Im übrigen ist wohl deutlich geworden: »Kommune jetzt!« will eine andere Gesellschaft, die die zerstörerischen Fesseln des Kapitalismus hinter sich lässt. Dafür kämpfen wir lokal, national und international. Für eine Gesellschaft jenseits von Ausbeutung von Mensch und Natur, jenseits der zerstörerischen Wachstumsideologien! Wir stehen für die Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.



Lohnkürzungen und Privatisierung?

„Der Therapeut Roland Berger ist mit Sicherheit keine Mutter Theresa des Gesundheitswesens“, so formulierte es treffend Paul Stern (DIE LINKE). Die Gewerkschaft ver.di hatte für den 30.08.2011 zu einer Podiumsdiskussion ins Urbanus-Rhegius-Haus geladen. Thema: das Allgemeine Krankenhaus Celle, seine Miesen und seine Zukunft. Gekommen waren gut hundert Leute, vor allem Beschäftigte des AKH.

Das AKH Celle ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts. Es besteht aus drei Krankenhäusern: Dem Krankenhaus am Siemensplatz, dem Josephstift und dem Peiner Krankenhaus. Es beschäftigt ca. 2500 Mitarbeiter_innen, davon 1900 in Celle. Es wird damit wohl der größte Arbeitgeber in Celle sein. Insgesamt hat das AKH 1029 Betten, jährlich werden ca. 45.000 Patient_innen dort behandelt.

Das AKH Celle ist im Jahr 2010 mit fünf Millionen Euro in die Verlustzone gerutscht; 2011 wird es einen ähnlichen Verlust geben, so Rüdiger von Borcke (SPD). Als Ursachen wurden genannt: schlechtes Betriebsklima, fehlende Einbindung des Personals, „Fehlentscheidungen“ und die Entlassung des Leitenden Oberarztes Barenthien in der Allgemein Chirurgie. Dadurch sei es zu einer Art „Einweisungsboykott“ unter Celler Ärzt_innen gekommen.



Der Aufsichtsrat des AKH sah sich genötigt zu handeln: Zum einen führte er „zwei Vorstandsmitglieder dem Arbeitsmarkt zu“, wie es Torsten Harms (CDU) eher am Rande einer anderen Podiumsdiskussion in Nienhagen ausplauderte. Zweitens beauftragte der Aufsichtsrat die Unternehmensberatung Roland Berger damit, ein Gutachten zur „Optimierung“ bzw. Sanierung des AKH zu erstellen. Ausgerechnet Roland Berger, der für Personalabbau, Lohndrückerei, Arbeitsverdichtung und Privatisierung bzw. Teilprivatisierung steht. Der Zorn des Personalrats und der anwesenden Beschäftigten darüber war dementsprechend groß und lautstark.

Der Aufsichtsrat besteht im Kern aus führenden Politikern der CDU und SPD aus Stadt und Landkreis. Um so wichtiger ist es festzuhalten, dass Rüdiger von Borcke (SPD), Michael Bischoff (CDU) und Wulf Haack (Die Unabhängigen) – allesamt im Aufsichtsrat - eindeutig und klar Privatisierung und Teilprivatisierung ablehnten. Das sollten wir im Gedächtnis behalten.

So weit, so gut. Der Hammer aber kommt noch: Das entgeltliche Gutachten liege zwar noch nicht vor, durchgesickert sei aber, so Rüdiger von Borcke, dass bis 2015 etwa 23 Millionen Euro einzusparen seien. Die wiederholt gestellte Frage, wo und wie diese stolze Summe eingespart werden solle, blieb vom Podium aus unbeantwortet. Wir können uns jedoch denken, wo Roland Berger dieses Potential sieht: in Personalabbau, Lohn-drückerei, Arbeitsverdichtung.

PS.: Nach Angaben einer AKH-Beschäftigten erhält die Beratungsfirma Roland Berger für ihr Gutachten 900.000 Euro.

AKH verkauft Berta-Klinik

Expansion war in den letzten Jahren die »geschäftsidee« des AKH Celle. Nicht immer von Erfolg gekrönt. Der Kauf der Berta-Klinik in Hannover erwies sich wegen schlechter Auslastung als Verlustgeschäft. Deshalb soll die Klinik nun wieder verkauft werden.

Outsourcing - Insourcing?

Vor vier Jahren gründete das AKH die «Management & Service GmbH». Ein klassischer Fall von Outsourcing in den Bereichen Reinigung, Speisenversorgung und Logistik. Selbstverständlich um den Beschäftigten dann nicht zu den Konditionen des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst beschäftigen zu müssen. Damit dürfte es nach der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vorbei sein, denn die zur Zeit 115 Beschäftigten arbeiten ausschließlich für das AKH – und das soll so nicht mehr gehen. Diese sollen nun wieder direkt beim AKH beschäftigt werden. Strittig ist jetzt zu welchen tarifvertraglichen Bedingungen dies geschieht. Das AKH hat als Druckmittel in der Hinterhand, die Leistungen auszuschreiben. Denn nach Auffassung des AKH-Geschäftsbereichsleiters Olaf Schauer gegenüber der CZ wären „zu den Konditionen des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst die genannten Bereiche allerdings nicht dauerhaft wettbewerbsfähig darzustellen“. Was meint er damit? Löhne drücken selbstverständlich.

Rekommunalisierung scheitert auf ganzer Linie

SVO bleibt eingeschaltet

Die Stromversorgung Osthannover (SVO) hat es geschafft: Die Stadt Celle ist auf deren Angebot, Anteile an der SVO Holding zu erwerben, eingegangen. Auf dem Papier mag dies wie ein kleiner Schritt in Richtung Rekommunalisierung erscheinen, in Wahrheit ist es die Kapitulation vor der Macht des E.ON-Konzerns. Und es ist unnötiger Ballast für jede Form von regionaler Energiewendepolitik. Bei der Abstimmung im Rat sahen dies immerhin die Abgeordneten von Grünen und Die Linke/BSG auch so. Leider haben sie dies – vielleicht auch angesichts der Komplexität – kaum thematisiert.

Eigentlich ohne Not beschloss der Stadtrat am 29. August, dass die Stadt unter Verwendung einer Teils ihrer Aktien der E.ON Avacon AG (1.906.484 St.) 13,9 % der Anteile an der SVO Holding GmbH zum Kaufpreis in Höhe von 30,58 Mio. Euro erwirbt. Wie wir in der letzten Ausgabe berichtet hatten, hatte die SVO ein derartiges »Angebot« unterbreitet – selbstverständlich mit der Absicht, auf dieser Basis den Konzessionsvertrag mit der Stadt Celle erneuern zu können. Der Kreistag hatte dieses Angebot der SVO insoweit gestützt, als – getragen von CDU und SPD – der Landkreis Teile seiner Anteile abtritt. War bei diesem Beschluss im Ergebnis zumindest eine Mehrheit der kommunalen Anteilseigner mit 50,1 % vorgesehen, bleibt auch davon nichts mehr: Am Ende des ganzen Prozesses bleiben die 50,1 % jetzt bei der E.ON Avacon. Aber auch im anderen Modell hatte sich E.ON das Einflussrecht auf die Genehmigung des Haushaltsplans sichern wollen.

Die Anteile an der SVO sind künftig also wie folgt verteilt: E.ON Avacon behält mit 50,1 % die Mehrheit, die Stadt Celle hält 13,9 %, der Landkreis Uelzen 13,2 %, der Landkreis Celle 10,8 %, der kommunale Zusammenschluss von Kreisgemeinden EVC 8 % und der Wasserversorgungsverband im Landkreis Celle 4 %.

Oberbürgermeister Mende und die »Große Koalition« aus CDU und SPD sehen für die Stadt Celle trotzdem einen Vorteil. Durch den Aktientausch soll sich ein Plus in Höhe von 600.000 Euro durch eine höhere Gewinnausschüttung und ein Steuervorteil von 350.000 Euro ergeben. (Was wieder einmal deutlich macht, was die von Martin Biermann betriebene Privatisierung der Stadtwerke gegen E.ON Aktien die Stadt gekostet hat.)

Allen Beteiligten ist klar, dass das hochgesteckte Ziel eines größeren Einflusses auf die regionale Energiepolitik gescheitert ist. Von Rekommunalisierung kann keine Rede sein, die Stadt bleibt shareholder bei E.ON. Der einzige Vorteil ist, dass börsennotierte Aktien gegen nicht-börsennotierte Gesellschafteranteile »getauscht« werden. Damit wird zumindest der Prozess beendet, dass städtisches Vermögen an der Börse verbrennt (siehe unten).

Energiepolitisch – und das kritisierten Bündnisgrüne und Wolf Wallat (Die Linke) deutlich – ist nichts von dem umgesetzt und umzusetzen, was der Rat sich vorgenommen hatte.

Rein formal hat der Einstieg bei der SVO noch nichts mit der Vergabe des Konzessionsvertrages zu tun. Aber: Es liegt anscheinend nur noch ein Angebot der SVO vor. Und im Ratsbeschluss werden Einstieg bei der SVO und Konzessionsvertrag durchaus verkoppelt, denn der Deal läuft unter der Bedingung des Abschlusses eines Konzessionsvertrages zwischen der Stadt Celle und der SVO Energie GmbH für die Sparten Strom und Gas bis zum 30.11.2011.

Was können Bündnisgrüne und Die Linke/BSG jetzt fordern? Wir meinen: Es steht an die Schaffung einer Klimaschutz- oder Energiewende-Agentur, für deren »Betrieb« die rund 950.000 Euro eingesetzt werden könnten, die der Einstieg bei der SVO der Stadt bringt. Diese Agentur müsste das Ziel haben, Maßnahmen der regenerativen Energieerzeugung und der Energieeinsparung zu fördern.



Die e.on-Aktien (2.792.697) der Stadt Celle – das „revista“-Kursbarometer am 06.09.2011:

Allzeithoch: 51,34 EUR (10.01.2008)	Höchstwert: 143.377.063,98 EUR
Tageshoch: 13,46 EUR (06.09.2011)	Aktueller Wert: 37.589.701,62 EUR
Verlust: 47,88 EUR	Verlust: 105.787.362,36 EUR

Von Folk & Funk



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke (singt): *Wir spielen mit den Schmuddelkindern, lund singen ihre Lieder. / Wir gehen in keine andere Stadt, / Wir mögen Celle lieber.*

Oma Lilo: Was ist das denn?

Die Dicke: Von Andreas Hauptmeyer – eine Umdichtung von Degenhardt.

Oma Lilo: Aber für ihn hat's nicht gereicht für einen Sitz.

Die Dicke: Aber das Bündnis Soziale Gerechtigkeit hat es wieder geschafft – mit »Bürger« Müllers genialem Wahlkampf.

Oma Lilo: Was fand's du daran gut?

Die Dicke: Zum Beispiel den Werbetrailer mit MC Stunnah, das hatte Charme & ein bisschen Klasse. *»Lieber will ich Betteln gehen, als mich nach vorn zu beugen.«* Schöne Zeile, oder?

Der lange Lulatsch: Das war das Spannende an dem Paket. Zum einen Hauptmeyer mit dem ollen Degenhardt und dann »Bürger« Müller mit einem groovigen Rap.

Klein Jonas: Ich fand's auch schön. (rapt:) *Jugend ist Zukunft / und Kultur ist ein Erbe / was aber keinen Sinn hat, / wenn Jugend und Kultur hier sterben.*

Der Besserwisser: Naja, aber ein bisschen wenig »Straße«, oder? Was ist denn das für eine Aufforderung: *Bist du enttäuscht, / mach ein Kreuz für Bürger Müller.*

Der lange Lulatsch: Der Degenhardt macht auch immer schön sein Kreuz für die DKP.

Der Besserwisser: Was mich an seinem Geisteszustand zweifeln lässt.

Der lange Lulatsch: Oh Mann. Schau mal, ich bin ein Antiautoritärer. Trotzdem mache ich mal ein Kreuz, manchmal das ganz große über den ganzen Zettel, aber manchmal eben auch drei kleine. Glaub' mir, man stirbt nicht dran. Und wenn's um irgendwelche Parteien oder Gruppe ohne jede Machtopion geht, dann schürt es doch beim Rest der Welt auch nicht den Eindruck, man könne durch wählen was ändern.

Die Dicke: Finde ich auch. Es geht um Kommunalpolitik. Da ist's ganz schön, wenn eine wie auch immer geartete Linke ein paar Leute mitmischen lässt, um einerseits an Informationen zu kommen, die sonst den Leuten vorenthalten werden – bzw. auch sich darüber so schlau zu machen, dass man mit den Infos mal was anfangen kann. Zum Beispiel eine vernünftige Kritik.

Der Besserwisser: Um meine Bedürfnisse und Interessen zu formulieren, brauche ich kein Wissen über den Paragraphen 3 der Abgabeordnung zu wasweißich. Thomas Ebermann hat vor 30 Jahren – allerdings auch als Stadtrat – gesagt: Ich muss den Dreck in der Elbe nicht im Detail benennen können. Wichtig ist mein Bedürfnis, drin schwim-

men zu wollen. Und wenn das nicht geht, dann muss sich das ändern.

Oma Lilo: Die Elbe ist zwar inzwischen um einiges sauberer. Aber doch eher nicht wegen Thomas Ebermann, oder?

Der Besserwisser: Du weißt ganz genau, worum es mir geht. Die Fokussierung von Protest auf das Parlament führt immer zu seiner Eindämmung – nimm Stuttgart 21, aber auch hier in Wietze: Selbstverständlich wird die gescheiterte Kandidatur von Juretzko gleichzeitig gedeutet als klare Befürwortung des Schlachthofs. Vielleicht ist das auch so. Aber vielleicht ist die Hälfte der Nichtwähler dagegen und will bloß nicht gerade einen Ex-BND-Agenten haben, der aus opportunistischen Gründen kurz vor der Wahl aus der LINKEN austritt.

Der lange Lulatsch: Da kann ich selbstverständlich zustimmen. Nur in der Stadt Celle gab's gerade nix, was derart polarisiert war.

Der Besserwisser: ... traurige Linke, wenn ihr das nicht gelingt ...

Der lange Lulatsch: Ja klar – traurige Linke. Aber das ist doch Teil des Problems. Think global, act local. Das übersetzt sich doch immer noch so, dass es mal eine Hausbesetzung gibt und mal eine Protestaktion gegen die Bundeswehr ... aber das bleibt doch alles Nischenkram, und keine angemessene Reaktion auf die Multi- und Mega-Krisen. Da wird dann mal zum Demonstrieren nach Berlin gefahren – und zu Hause ... Leerlauf.

Oma Lilo: Und vom kommunalen Geschehen keine Ahnung und keinen Plan.

Der lange Lulatsch: Vielleicht ist »Bürger« Müller gerade deshalb eine absolut geeignete Repräsentanz. Wenn er aus der ganzen Sache nicht als reines »Solo«-Projekt betreibt, sondern sich gelegentlich mal ein paar Leute zu Jam-Sessions ins Studio oder auf die Bühne einlädt ...

Die Dicke: ... und – um in deinem Bild zu bleiben – mit der Behiye von der LINKEN ein folk-funk Weltmusik-Duo bildet ...

Klein Jonas: Folk und Funk – wie soll das gehen?

Oma Lilo: ... experimentell, mal was Neues ...

Die Dicke: Und was gibt's sonst zu sagen zu der Wahl?

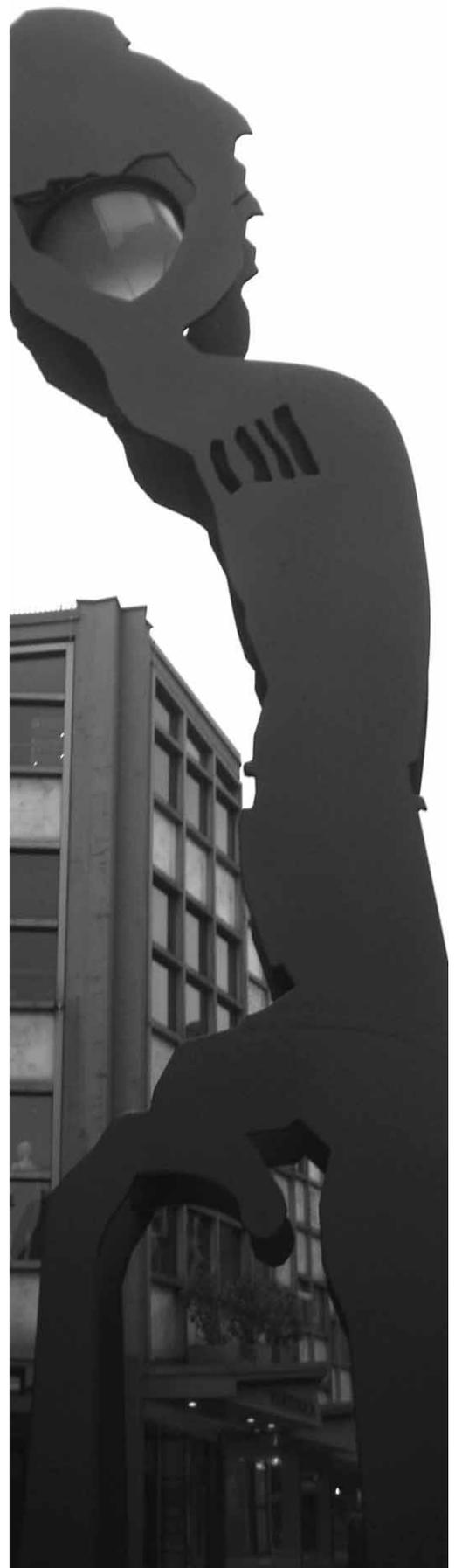
Der lange Lulatsch: Spannend ist die Wahlbeteiligung. Im reichsten Ortsteil, nämlich Boye, sind zwei Drittel der Leute zur Wahl gegangen, im ärmsten, nämlich Neustadt/Heese sind zwei Drittel zu Hause geblieben. Und das ist keine Ausnahme, sondern lässt sich fortführen Altenhagen/Bostel/Lachtehausen 64 %, Wietzenbruch 44 % usw. Kurz gesagt: Reich wählt, arm nicht! Aber das weltweit so.

Oma Lilo: Das Problem der Linken ist, dass sie praktisch keinen Kontakt mit dem Prekariat haben, höchstens in negativer Rolle als Lehrerin oder Sozialarbeiter.

Die Dicke: Im Celler Ortsverband von Die Linke ist das aber ja sogar ein bisschen anders. Also ein paar von den »klassischen« linken Männern unterschiedlichster Couleur, Kurd_innen und – über das, was das BSG aufgebaut hatte – ja auch ein paar Hartz IV-Bezieher_innen. Nur ist das selbstverständlich nicht die Spur homogen. Aber das wäre eigentlich die Basis von sowas wie einer »Mosaik«-Linken. Nur sitzen wir davor wie vor einem Puzzle mit 10.000 Teilen.

Der Besserwisser: Eure Probleme möchte ich nicht haben.

Die Dicke: Ah ja, die »Besserwisser«-Linke, dann klappt's auch mit der Revo.





Schwarz-grüne Finanzen

Manchmal gibt es ja noch Verwunderung darüber, wie »schwarz« und »grün« politisch zusammenpassen wollen. Einen kleinen Aufschluss gab die CZ-Parteienbefragung zur kommunalen Finanzsituation. Bei den sechs Fragen hatten CDU und Bündnisgrüne fünf Übereinstimmungen; genauso oft waren sonst nur SPD und Linke einer Meinung – während z.B. Linke und Grüne bei nur einer Antwort Gemeinsamkeit bewiesen. Wo scheiden sich die Geister? CDU und Grüne waren gemeinsam der Auffassung, Stadt und Landkreis sollten Personal abbauen – was SPD und Linke verneinen. CDU und Grüne wollen bei den freiwilligen Leistungen »sparen« - SPD und Linke nicht. Die schwarzen und grünen Finanzexpert_innen wollen zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen nur zum Schuldenabbau einsetzen, was haushaltstechnischer Quatsch ist, gleichwohl die »Spar«-Ideologie beider Parteien verdeutlicht. Selbstverständlich sprechen sie sich beide für eine kommunale Schuldengrenze aus. Das alles wollen SPD und Linke nicht. Die einzige Partei übrigens, die kommunale Steuern erhöhen will (also Gewerbe und Grundsteuer), ist: Die Linke. Was sagt uns das hinsichtlich CDU und Bündnisgrünen? Am Ende führt das Klassenbewusstsein doch die Generation der vererbenden Väter und Mütter mit jener der erbenden Söhne und Töchter zusammen.

In einer anderen Welt ...

Unsere kleine Zeitschrift gehört bekanntlich nicht zum immer größer werdenden Fanclub von »Bündnis 90/Die Grünen«. Aber wenn deren Abgeordnete Annegret Pfützner vom stellvertretenden Vorsitzenden der CD-Stadtratsfraktion kritisiert wird, weil sie – Zitat – „in einer anderen Welt lebe“, in der es am besten gar keinen Straßenverkehr mehr gäbe, dann können wir nur sagen: Irgendwas an der Ostumgebungskritik der Bündnisgrünen muss richtig sein.

Die Kleinen hängt man, ...

Einige Urteile des Celler Amtsgerichts wurden diesem Motto zuletzt mehr als gerecht. So berichtete die CZ im August, dass ein Schwarzfahrer zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde. Es handelte sich um einen drogenabhängigen Celler, der im letzten Winter über zwei Monate an einem Methadonprogramm in Lehrte teilgenommen hatte. Da ihm als Hartz IV-Empfänger das Fahrgeld gefehlt habe, sei er eben »schwarz« gefahren. 13 mal wurde er dabei erwischt. Mit einigem Recht fragte er in der Verhandlung: „Was hätte ich denn machen sollen? Etwas weiter auf Drogen bleiben und weitere Straftaten [Beschaffungskriminalität] begehen?“ Nun sah die Staatsanwältin gerade darin mangelndes Unrechtsbewusstsein und „dreiste Hartnäckigkeit“. Ihren Antrag auf acht Monate ohne Bewährung mochte der Vorsitzende Strafrichter dann nur um zwei Monate verkürzen. Ebenfalls zu einem Monat Haft wurde ein Obdachloser verurteilt, der im Mai in einem Supermarkt Schinken, Tabasco und Duschgel geklaut hatte. In der CZ-Berichterstattung hieß es einigermaßen zynisch, dass er jetzt wieder für einen Monat „ein Dach über dem Kopf habe“. Zum anderen: „Der Anwalt des Angeklagten bemühte sich um eine Geldstrafe auf Bewährung für den chronisch Kranken. Für »chronisch« befand hingegen der Celler Amtsrichter die »völlig fehlende Unrechtseinsicht« des Wiederholungstäters.“

Bewährungsstrafe gegen Nazi-Schläger

Ein 41-jähriger Celler Neonazi wurde im August wegen Körperverletzung zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und 500 EUR Geldstrafe verurteilt. Der »angelernte Bürokaufmann« hatte vor zwei Jahren einen 26-jährigen Nachbarn bedroht und mit Schlägen traktiert. Der Grund – laut CZ-Berichterstattung: Das Opfer hatte sich über die rechtsextremistische Musik beschwert, die der Täter zusammen mit Freunden hörte. Der Täter fühlte sich – laut eigener Aussage – dadurch provoziert, dass das Opfer »als Nicht-

Deutscher vor seiner aufgehängten Reichskriegsflagge den Hitlergruß gemacht habe«. Als das Opfer daraufhin Anzeige erstattete, »besuchte« ihn der Angeklagte mit zwei anderen Partygästen in seiner Wohnung. Die CZ berichtete weiter: Sie packten „den Geschädigten an Kragen und Kniekehle, hoben ihn hoch und drohten ihm an, ihn über die Brüstung zu werfen. Auch der Angeklagte sei dazu gekommen, habe den 26-Jährigen gegen die Wand gedrückt und ins Gesicht geschlagen. Dann versetzte einer der Unbekannten dem Geschädigten einen Kopfstoß, woraufhin dieser eine Platzwunde erlitt und zu Boden sackte.“ Nachbarn verständigten die Polizei, die die Party beendete und einen Schlagstock sicherstellte. Später hätten die Neonazis erneut versucht, das Opfer zur Rücknahme der Anzeige zu nötigen: „Identisch mit der Anklageschrift gab [eine Zeugin] zu Protokoll, dass das Opfer erneut bedroht und mishandelt wurde. Zunächst sei der gesondert Verfolgte mit Springerstiefeln auf die nackten Füße des Geschädigten gesprungen. Danach habe der Angeklagte sich auf die Brust des Opfers gekniet und mit seinem Ellenbogen die frisch genähte Platzwunde wieder aufgestoßen, hieß es.“ (CZ) – Kriminelle Nazis raus? Ach nee – besser »rein«: in den Knast.

Täuschend echte Kriegsverletzungen

Die Bundeswehr begegnet ihrem Nachwuchsmangel mit immer handfesteren Ideen. In Wolthausen bestückte die Luftfahrzeugtechnische Abteilung 102 des Transporthubschrauberregiment 10 aus Faßberg den Spielplatz mit einem ausrangierten Hubschrauber BO 105. Den tigerentenfarbenen Neuanstrich fand Ortsbürgermeister Peters, im Hauptberuf Oberstabsfeldwebel, deshalb so passend, weil er identisch sei mit den Farben des Regimentswappens. Richtig lustig wurde es dann wohl beim »Kinderschminken« während des Einweihungsfestes: „täuschend echte Kriegsverletzungen – riefen Begeisterung hervor“ – so jedenfalls die CZ-Berichterstattung. Auf der Website der ebenfalls beteiligten Schlepperfreunde Wolthausen befand man: „Bundeswehr und Dorfge-

meinschaft schaffen gemeinsames Kinderhighlight!“

Im Übrigen: Dass die CellAir-Musicdays auch auf das »Event« eine BW-Hubschraubers zur Kinderbespaßung setzten biss sich zwar vielleicht mit der U2-Covershow als Teil des Bühnenprogramms. Aber so ist Deutschland heute: Hier reicht allemal »Ein bisschen Frieden«.

Tafel-Jobber

Bundesweit kommen die Arbeitsagenturen scheinbar zur Besinnung. Die Ein-Euro-Jobs werden auf breiter Front zusammengestrichen. Sicherlich weniger, weil man den Zwangsarbeitscharakter wahr- und ernstnehmen würde, sondern wohl nur um einen Beitrag zur Streichorgie von der Leyens zu leisten. Egal – Was die allermeisten Erwerbslosen aufatmen lässt, führt bei der Armutsindustrie zu jammervollen Klagen. Vor Ort war's jetzt die »Celler Tafel«. Sie muss auf acht Ein-Euro-Jobber verzichten, die bisher mit den vier Kleintransportern des Vereins die Lebensmittel bei den Discountern abholten und zu den Tafel-Außenstellen brachten. Trotz ihres 30-Stunden-Jobs blieben die Fahrer selbstverständlich Hartz-IV-Empfänger und damit berechtigt, bei der Tafel anzustehen. (Ihr einziger Vorteil war wahrscheinlich, dass sie nicht anstehen mussten.) Die Celler Tafel startete daraufhin einen Hilferuf nach Ehrenamtlichen.

Ce-Bus-Fahrer im Regen

Die CeBus-Geschäftsführung hat beim Arbeitsamt die Liquidation der Celler Straßenbahn GmbH (CSC). Mit der Einleitung der bevorstehenden Einleitung der Liquidation soll offensichtlich die Lohnkürzung bei einem Teil der CeBus-Beschäftigten durchgesetzt werden. 28 CeBus-Fahrer müssen mit Einbußen von 500 bis 800 EUR brutto rechnen, wenn sie auf das Lohnniveau der übrigen Beschäftigten gedrückt werden, die rund 1480 EUR brutto verdienen. Diese extreme Lohnspreizung ist durch die Privatisierung der CSC vor knapp zehn Jahren zustande gekommen. Die Stadt hatte seinerzeit vertraglich jährliche Zuschüsse zugesich-



chert, die sich bis zum Ende des Jahres 2011 auf insgesamt rund 8 Mio. Euro beliefen – Zum 31.11.2011 ist damit Schluss. Auf dieser Grundlage waren bisher die alten CSC-Tarifverträge in Kraft, die anderen CeBus-Gesellschafter hatten ihren Fahrer_innen schon immer deutlich niedrigere Tarife gezahlt. Die SPD versuchte im Wahlkampf dem Landkreis den »schwarzen Peter« für diese Entwicklung zuzuschieben. Landrat Wiswe wies dies zurück; wir zitieren ihn einmal ausführlicher, weil die geringen Einflussmöglichkeiten der Kommunen durch Privatisierungsmaßnahmen ganz gut deutlich werden: „Der Landkreis ist mit 39 % Minderheitsgesellschafter an der KVC, die KVC selbst wiederum ist mit 34,7 % Minderheitsgesellschafter an der CSC. [...] Sowohl für das Handeln der KVC als insbesondere der CSC ist das Handeln des bzw. der Mehrheitsgesellschafter maßgeblich. Auf die Auffassung der Minderheitsgesellschafter wird – das musste ich mehrfach leidvoll feststellen – oft wenig Rücksicht genommen. Der Landkreis ist kein Gesellschafter von CSC oder CeBus. Der Landkreis hat keine Sperrminorität. Es gibt keine Möglichkeit, gegen den Willen des Mehrheitsgesellschafters einen Beschluss der KVC herbeizuführen oder einen Beschluss, der vom Mehrheitsgesellschaftler herbeigeführt wird, zu verhindern! [...] In einer Gesellschafterversammlung der KVC im Juni hat die Geschäftsführung der KVC die aktuelle Lage der KVC und des Beteiligungs-Unternehmens CSC dargestellt. Die Geschäftsführung hat deutlich

gemacht, dass nach Auslaufen der Verträge mit der Stadt – und dem damit verbundenen Wegfall der städtischen Zahlungen – erhebliche Mittel fehlen. Diese Mittel können nicht aufgefangen werden, so dass bei weiterem unverändertem Geschäftsverlauf die Betriebsschließung der CSC unvermeidbar sei.“ Die seinerzeitige Privatisierung übrigens war das Werk einer Großen Koalition. Deshalb besteht die Kritik von Maximilian Schmidt, dem Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion an Wiswe vor allem aus heißer Wahlkampfluft. Immerhin meint er: „Es ist jetzt an der Zeit, ernsthaft die Rekommunalisierung des ÖPNV in die Wege zu leiten – mit einem besseren Bedienungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger, auskömmlichen Löhnen für die Mitarbeiter und einer demokratisch legitimierten Kontrolle durch die Kommunalpolitik.“ Vorher hatten sich schon Die Linke und die Bündnisgrünen dafür ausgesprochen.

Doch die Chancen dafür stehen schlecht. Oberbürgermeister Mende weist immer darauf hin, dass er angesichts der finanziellen Situation der Stadt derzeit keine Möglichkeiten für eine Rekommunalisierung sieht. Und Landrat Wiswe will sie auch nicht. Gegenüber der CZ sagte er klipp und klar: „Eine Rekommunalisierung löst die Probleme nicht. Im Unterschied zu früher ist eine dauerhafte Subventionierung eines kommunalen ÖPNV-Betriebs heute nicht mehr zulässig. Auch ein kommunales Unternehmen unterläge den europäischen Wettbewerbsvorgaben, müsste sich in gleicher Weise wie ein privates Unternehmen dem Markt stellen.“ Auch diese Situation ist nicht vom Himmel gefallen, sondern politisch herbeigeführt – übrigens auch auf nationaler Ebene mit Unterstützung von CDU, SPD, FDP und Bündnisgrünen. Am Ende wird den Beschäftigten nur bleiben, was wir seit Monaten predigen: Kämpfen! Streiken! Es gibt nichts geschenkt. Weder durch ein gutes Argument, noch durch Betteln.

Lohndrücker Landkreis

Die Spitze der Landkreisverwaltung übt scheinbar erheblichen Druck auf das Personal des Kreisaltenpflegeheims in Winsen aus. Die Mitarbeiter_innen sol-



len zum Lohnverzicht bewegt werden. Bei Landrat Wiswe heißt das so: „Wir sind in intensiven Gesprächen mit den Mitarbeitern und der Gewerkschaft, um einen wirtschaftlichen Betrieb unseres Altenpflegeheims zu erreichen.“ Der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion Maximilian Schmidt wirft Wiswe vor, als Druckmittel die anstehenden Investitionen in die Renovierung des Heimes zu nutzen. Wiswe würde nach dem Motto agieren: »Wenn Ihr nicht verzichtet, gibt es auch keine Investition.« Das Haus soll nach Kreistagsbeschluss mit 1,7 Mio. EUR modernisiert werden. Dies stellt der Landrat scheinbar in Frage, wenn er in seiner Stellungnahme zu den SPD-Vorwürfen behauptet, ein Zuschuss aus Steuermitteln beeinflusse den örtliche Wettbewerb massiv. Nochmal für alle: Es handelt sich um ein kreiseigenes Altenheim.

Hardinghaus vor dem Aus?

Ganz so weit ist es nicht – aber die Schlagzeile ist so schön. Trotzdem: Stadtbaurat Matthias Hardinghaus (CDU) dürfte nach der Wahl erheblich unter Druck geraten. Denn die Fehler in der Vergabe der Sanierungsträgerschaft für die Altstadt gehen auf seine Kappe. Die Vergabekammer Lüneburg hat der Stadt Celle grundlegende Verstöße gegen die Vergabeordnung attestiert. Mit der Betreuung des Vergabeverfahrens hatte Hardinghaus den Architekten Martin Niehenke beauftragt, der seinerseits geschäftlich eng mit der BauBeCon verbündelt ist, die letztlich den Zuschlag bekam. Die Kieler Firma GOS hatte genau dies gegenüber der Lüneburger Aufsichtsbehörde bemängelt. Sie vertritt zudem die Auffassung, dass Niehenken die Ausschreibungsunterlagen derart abschreckend gestaltet habe, dass sie letztlich auf die BauBeCon zugeschnitten gewesen seien. Kritisch für Hardinghaus dürfte dabei sein, dass er bereits am 21. Januar vom Geschäftsführer der Kieler Firma GOS deutlich auf die problematische Verquickung hingewiesen worden war. Außerdem hatten Bauamts-Mitarbeiter wohl vorgeschlagen, die Ausschreibung in Eigenregie durchzuführen, ohne Niehenke einzuschalten. – Das Vergabeverfahren wurde schließlich nach den



Hinweisen aus Lüneburg im Juni gestoppt.

Die »Große Ratskoalition« aus CDU und SPD versuchte im Wahlkampf die Angelegenheit herunterzuspielen. Hier ist aber einmal der CZ Recht zu geben: Es handelt sich um einen dicken Skandal, der eigentlich unausweichlich personelle Konsequenzen nach sich ziehen müsste. Denn letztlich geht es um Millionenbeträge, die verbaut werden sollen – und da lässt sich bekanntlich viel »abzwickeln«, wenn die öffentliche Kontrolle versagt. Wer traut Hardinghaus tatsächlich noch die erforderliche Amtsführung zu?

Klasse erben

Geschätzte 2,6 Billionen Euro vererben die Deutschen bis 2020 - 800 Milliarden davon gehen auf das Konto der reichsten zwei Prozent. Dieses markante Sicht auf die deutsche Klassengesellschaft lieferte vor kurzem der DGB.

In der nächsten Dekade wechselt also mehr als ein Viertel des Volksvermögens von insgesamt rund 9,4 Billionen Euro den Besitzer. Es hat sich im letzten Jahrzehnt um ca. 20 Prozent erhöht. Die Verteilung des Erbvermögens ist allerdings sehr ungleich: Viele erben wenig, wenige erhalten viel. So ist die Erbschaft nur in 0,2 Prozent der Fälle mehr als 250.000 Euro wert. 28 Prozent der Erbschaften machen weniger als 25.000 Euro aus.

Das reichste Prozent verfügt über 23 Prozent des Volksvermögens, die obersten fünf Prozent kontrollieren fast die Hälfte (46 Prozent). Für den großen Rest hingegen bleibt nichts: Die unteren 70 Prozent kommen nur auf 9 Prozent des Volksvermögens. Bei den Erben sieht es nicht besser aus: Die reichsten zwei Prozent vereinigen ein Drittel aller Erbschaften auf sich - das sind bis 2020 etwa 800 Milliarden Euro.

Seit der Jahrtausendwende driften Deutschland stärker auseinander als andere Industrieländer - und die Finanzkrise verstärkte diese Umverteilung von unten nach oben. Während das ärmste Zehntel der Deutschen zehn Prozent weniger Einkommen hat als vor einer Dekade, verfügt das reichste Zehntel über 20 Prozent mehr. Der reale Lohn von Menschen mit geringer Qualifikation ist heute so niedrig wie 1985.

Heizkostendumping

Den Wahlkampf hat das Bündnis soziale Gerechtigkeit (BSG) genutzt, um auf ein seit längerem bestehendes Übel bei der Heizkostenabrechnung des Landkreises für Hartz IV-Bezieher_innen hinzuweisen. Nach durchgängiger Expert_innen-Meinung darf der Landkreis seinen Heizkostenspiegel nicht dort anwenden, wo es um Etagenheizungen geht, sondern nur dort, wo ganze Wohnanlagen zentral über ein Heizsystem versorgt werden. Für die Betroffenen heißt dies, dass ihnen häufig nicht die vollen Heizkosten erstattet werden. Dies betrifft auch viele Mieter_innen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WBG. Deren Geschäftsführer Siegfried Hildebrandt schloss sich der Kritik des BSG an. Angesichts der restriktiven Praxis des Landkreises erwäge man die Einstellung eines Juristen, um die Interessen seiner Mieter_innen gegenüber dem Landkreis vertreten zu lassen. Bemerkenswert.

Super Steven

Nachdem wir im vorletzten Heft kritisiert hatten, dass es bei den »Cellebration«-Partys in der CD-Kaserne unterschiedlichen Eintritt für Männer und Frauen gibt – was wir als »sexistische« Lockvögeltour ansahen, hat sich der Celebration-Macher Steven Shade zu einer Umkehr entschlossen. Gleicher Eintritt unabhängig vom Geschlecht. – Super, Steven!



Alles ist möglich – ihre CDU

Ende August hatte der Samtgemeinderat Flotwedel abzustimmen über einen von der »Bürgerinitiative Flotwedel – für einen respektvollen Umgang mit Nutztieren« eingereichten Resolutionsentwurf gegen den Bau von Geflügelmastanlagen. Samtgemeindedirektor Helfried Pohndorf hatte den Resolutionstext praktisch unverändert zur Abstimmung gestellt, weil auch er die Auffassung der BI teile, dass „das Boot voll sei.“ Gleichwohl mache die derzeitige Rechtslage ein Versagen von Genehmigungen nahezu unmöglich, wenn die formellen und materiellen Erfordernisse vom Antragsteller erfüllt werden. Gerade weil das Flotwedel viele Flächen vorhalte, in denen der Bau von Anlagen im Außenbereich möglich ist, erhoffte sich der Samtgemeindedirektor eine Zustimmung zur Resolution der BI (siehe rechts).

Die Resolution zielte darauf ab, Bund und Land aufzufordern, den Gemeinden mehr Rechte im Baugenehmigungsverfahren einzuräumen. Der Landkreis sollte aufgefordert werden, die Zahl der Genehmigungen nach Gebäude- und Tierzahl zu begrenzen.

Die CDU-Mehrheitsfraktion im Samtgemeinderat wollte sich darauf nicht einlassen und änderte die Resolution in ihr Gegenteil: Die Gemeinden sollen nach ihrer Auffassung erst beteiligt werden, wenn es im Landkreis Celle mehr als zwei Großtiereinheiten pro Hektar gibt. Damit wäre eine Grenze rein rechnerisch erst bei über 1000 Geflügelmastställe mit 40.000 Tieren erreicht. Selbstverständlich wollte man in der CDU eine »Tierhaltung nach industriellen Maßstäben« deshalb nicht ablehnen. Am Ende kam eine Resolution heraus, mit der »Massentierhaltung in begrenztem Umfang« (siehe oben, haha!) sichergestellt werden soll. Die Mehrheit für diese Resolution stellte die CDU-Fraktion sicher, immerhin: nur sie.



Resolution des Rates der Samtgemeinde Flotwedel für eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft und Nutztierhaltung – gegen so genannte Agrarfabriken (Entwurf der Bürgerinitiative).

a.) Der Rat der Samtgemeinde Flotwedel setzt sich für die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft ein, die mit einer nachhaltigen Bodennutzung und Nutztierhaltung dem Klima-, Tier- und Umweltschutz verpflichtet ist und mit dem Erhalt einer abwechslungsreichen Wald-, Feld- und Flurenlandschaft hilft, eine gute Lebensqualität in unserer Samtgemeinde zu sichern.

b.) Der Rat der Samtgemeinde Flotwedel erklärt, dass er die Tierhaltung nach industriellen Maßstäben in Agrarfabriken ablehnt. Der Rat der Samtgemeinde fordert ein Raumordnungsprogramm für die Landwirtschaft insgesamt, um die Balance von bäuerlicher Nutzung und Naturschutz zu erhalten und die Konzentration von Mastanlagen und die Ausweitung von Monokulturen zu verhindern.

c.) Der Rat der Samtgemeinde Flotwedel fordert Bund und Land auf, das privilegierte Bauen nach §35 BauGB so zu gestalten, dass die Gemeinde ein gewichtigeres Wort im Baugenehmigungsverfahren erhält und die Raumbedeutsamkeit nicht nur anlagenbezogen, sondern gemeindeweit gesehen wird. Der Landkreis Celle wird schon jetzt aufgefordert, die Zahl der Genehmigungen nach Gebäude- und Tieranzahl zu begrenzen.

Ökolandbau in Niedersachsen geht zurück

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen Christian Meyer hat der Landesregierung vorgeworfen, die Zukunftsperspektiven des Ökolandbaus in Niedersachsen zu verspielen. Nach aktuellen Zahlen des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ging die ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche im Jahr 2010 um 428 Hektar zurück.

Niedersachsen rangiert im Bundesvergleich als Schlusslicht. Nur 2,9 Prozent der hiesigen Fläche werden in umweltfreundlicher, gewässerschonender und tierschutzgerechter Weise bewirtschaftet. Der Bundesschnitt weist mit 5,6 Prozent die doppelte Fläche aus. In Hessen und Brandenburg stehen sogar fast 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche dem Ökolandbau zur Verfügung.

"In Niedersachsen wird der Bioboom weiter verpennt", sagte Meyer. Der Grünen-Politiker forderte "mehr Anreize für Öko-Betriebe", etwa ein Förderprogramm für heimische Futtermittel und eine Aufstockung der Agrarumweltprogramme, die insbesondere Ökolandwirten zu Gute kommen.

(PM Bündnis ,90 / Die Grünen, 22.08.2011)

Ungültiger Bebauungsplan?

Anfang September hat die Celler Land Frischgeflügel GmbH & Co. KG am Standort Wietze die Produktion aufgenommen. Die Hähnchenverarbeitung findet zunächst an einer Produktionslinie im Einschichtbetrieb statt. 325 Leute werden in der Verarbeitung, der Verpackung und in der Lagerwirtschaft beschäftigt, darüber hinaus wurden auch LKW-Fahrer und Mitarbeiter in der Verwaltung, der Qualitätssicherung und im technischen Bereich eingestellt. Innerhalb von rund zwölf Monaten entstanden auf dem 15 Hektar großen Grundstück neben der Verarbeitungsanlage auch Verwaltungs- und Sozialgebäude. Zudem wurde die Verkehrsinfrastruktur für die Arbeiter_innen und die an- und abliefernden LKW geschaffen sowie ein betriebseigenes Klärwerk errichtet.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen Christian Meyer sieht in der Produktionsaufnahme in dem neuen Megaschlachthof den eiligen Versuch, Fakten zu schaffen. „Den zahlreichen Kritikern soll der Wind aus den Segeln genommen werden. Noch sind zwei aussichtsreiche Klagen gegen den fehlerhaften Bebauungsplan und gegen die vom Land erteilte Genehmigung vor Gericht und können ein frühzeitiges Aus bedeuten“, sagte der Grünen-Politiker. Meyer kritisierte, dass die Landesregierung sich daran beteiligt, mit allen „Tricks und Finessen“ Landwirte für die unrentablen und gesellschaftlich nicht mehr akzeptierten Geschäfte mit Hühnerfabriken anzuwerben.

Der Grund dafür sei in der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen Landtagsfraktion zu den Förderbedingungen zu lesen. Demnach muss der Schlachtkonzern Rothkötter bis Ende 2012 ausreichende Verträge mit über 400 Großmastern nachweisen – ansonsten müsse die 6,5 Millionen Euro schwere Landesförderung für Wietze zurückgezahlt werden.

Es sei „hochgradig fraglich“, ob der von der Landesregierung geförderte Hühnerschlachthof an der A7 überhaupt eine Zukunft hat. „Der Selbstversorgungsgrad bei Hähnchen liegt inzwischen in Deutschland bei weit über 100 Prozent. Der Export ist nur zu tierquälerischen und gesundheitlich bedenklichen Bedingungen möglich. Massenartige Qualhaltung hat keine Zukunft, wird vom Verbraucher abgelehnt und überlebt nur durch staatliche Subventionen“, sagte der Grünen-Politiker.

Antrag auf Normenkontrolle in Sachen Bebauungsplan gestellt

Mit Unterstützung der Bürgerinitiative Wietze hat ein Privatkläger Antrag auf Normenkontrolle beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht gestellt. In diesem Zusammenhang weist die BI-Wietze darauf hin,

dass der Bebauungsplan W-25 Sondergebiet Trannberg mit der Teilplanaufhebung W-17 der Gemeinde Wietze beachtliche rechtliche Fehler aufweist. Diese objektiven Mängel machen den veröffentlichten Bebauungsplan unwirksam. So liegt nach wie vor keine ausgefertigte Planurkunde zum Bebauungsplan vor. Das hätte noch vor der Planauslegung im vergangenen Jahr erfolgen müssen. Im Umweltbericht zum Bebauungsplan fehlen relevante Sachverhalte. So wurde zum Beispiel das Schutzgut Mensch nicht berücksichtigt. Eine Reihe weiterer Rechtsfehler liegt vor.



Die Unwirksamkeit des Bebauungsplans, von der die BI-Wietze sicher ausgeht, hat auch Auswirkungen auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für den Geflügelschlachthof. Diese Genehmigung benötigt nämlich einen wirksamen Bebauungsplan als Grundvoraussetzung. Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerinitiative Wietze e.V. das zuständige Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg auf, die Betriebsgenehmigung für den Schlachthof in Wietze nicht freizugeben, bis abschließende Gerichtsentscheidungen vorliegen.

Vor diesem Hintergrund hat auch der NABU in seinem Klageverfahren gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung eine Ergänzung seiner Klagebegründung vorgelegt. Nach der Einschätzung des NABU Niedersachsen ist der der Genehmigung zugrunde liegende Bebauungsplan nichtig. „Einen gültigen Bebauungsplan gibt es nicht. Aus diesem Grunde fehlt der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zurzeit das rechtliche Fundament, so dass sie sich als rechtswidrig darstellt. Das zuständige Gewerbeaufsichtsamt ist daher nach unserer Rechtsauffassung aufgrund seiner Bindung an Recht und Gesetz eigentlich gehalten, einen Betrieb des Geflügelschlachthofes zu untersagen“, erklärte der NABU-Landesvorsitzender Holger Buschmann.



Castor Stop - Gorleben soll leben

Bundesumweltminister Norbert Röttgen spricht von Dialog und Transparenz, outete sich aber im Schnelldurchgang als Basta-Politiker: Gorleben soll als Atom-müll-Endlager ausgebaut werden, ohne Vorgespräche, alternativlos, ohne eine formale rechtliche Beteiligung der Bevölkerung.

Als Reaktion wird es auch in diesem Herbst wieder bewegte und bewegende Tage im Wendland geben: Aus Protest gegen den strammen Atom-Kurs der Bundesregierung erwartet die BI Lüchow-Dannenberg im November erneut zigtausende Menschen zur Kundgebung in Sichtweite der Castor-Verladestation in Dannenberg. Tausende werden sich in den Tagen danach an den unterschiedlichsten Aktionen zum Stopp des Transports beteiligen. Erneut werden Kirchen und Gemeindehäuser, Camps und Privathaushalte Schutz und Wärme bieten und die auswärtigen Protestler willkommen heißen.

„Atomstaat und Rechtsstaat beißen sich. Wenn der Castor rollt, bleibt die Demokratie auf der Strecke.“ Die Bürgerinitiative ruft deshalb erneut dazu auf, sich den Protesten im Wendland anzuschließen: *"Wir rufen alle Menschen auf, sich im November auf den Weg nach Dannenberg, Gusborn, Quickborn oder Gorleben zu machen, um mit den Füßen gegen den Atomkurs der Regierung abzustimmen. Schon im vergangenen Jahr wurde in Harlingen bei der Schienen-Sitzblockade von Tausenden von Menschen deutlich, dass mit vertretbaren polizeilichen Mitteln der Castor-Transport nicht durchsetzbar ist. In diesem Jahr gibt es eine weitere Chance: Wenn wir mit zehntausend Menschen auf die Strecke gehen, kommen sie mit Gorleben nicht durch."*

Die **Kundgebung am Samstag, den 25.11.**, gegen den erwarteten Castortransport wird von einem Bündnis organisiert, unterstützt von etlichen Menschen im Wendland und ganz Deutschland. Die Erstunterzeichner des nebenstehenden Aufrufs sind: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Bäuerliche Notgemeinschaft, contrAtom, widerSetzen, KURVE Wustrow, widerStands-Nest Metzingen, Kampagne Castor Schottern.

**Das Celler Forum gegen Atomenergie wird einen Bus zur Auftaktkundgebung stellen (Kosten ca. 10 EUR);
Anmeldungen unter: forum-gegen-atomenergie@gmx.de**

Aktuelle Infos unter:

<http://www.gorleben-castor-2011.de>



Aufruf

Acht Atomkraftwerke musste die Regierung abschalten, die Laufzeitverlängerung zurücknehmen - nach der entsetzlichen Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Anti-Atom-Bewegung große Erfolge errungen. Es waren erste Etappensiege - jetzt geht es weiter!

Wenn im Herbst der Castor-Transport ins Wendland rollt, wird damit der Atommüllstandort Gorleben weiter zementiert. Während die Regierung über ein Endlagergesetz entscheidet, fordern wir mit einer Großdemonstration das endgültige Aus für den Schwarzbau Gorleben. Demonstrieren Sie mit!

Weltweit gibt es kein Endlager, das hochradioaktive Abfälle für eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abschließt. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen havarierte Atommülllager. Die Asse säuft ab, Morsleben stürzt ein.

Mit Gorleben kommen sie nicht durch! Der Endlagerstandort Gorleben wurde in den 1970er Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit willkürlich ausgewählt - aus rein politischen Gründen. Im letzten November wurde die "untertägige Erkundung" nach zehn Jahren Baustopp von Bundesumweltminister Röttgen wieder aufgenommen. Täglich werden dort Fakten geschaffen - trotz Wasser von oben und Gas von unten.

In diesem Herbst will die Regierung ein Endlagersuchgesetz beschließen. Es droht zu einem "Gorleben-Durchsetzungsgesetz" zu werden - mit Kriterien, die Gorleben weiter als Endlagerstandort ermöglichen sollen. Wir fordern das endgültige Aus für das Endlagerprojekt im maroden Salzstock Gorleben! Atomkraft? Stilllegen! Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat erneut gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Auch wenn uns die Abschaltung von acht Atommeilern freut: Wir streiten dafür, dass jetzt alle Atomkraftwerke bei uns und weltweit abgeschaltet werden, bevor der nächste GAU passiert. Wir fordern das Ende der Atomindustrie - vom Uranabbau und -anreicherung bis zu den Atomexporten.

Wir sind viele: Auf ins Wendland! Die letzten Monate haben gezeigt: Eine Politik, die über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet und nur Konzerninteressen bedient, ist auf Dauer nicht durchsetzbar, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Allein durch Parlamentsbeschlüsse wird es kein Ende der Atomkraft geben - es braucht den Druck von der Straße. Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt. Castor Stop - Gorleben soll leben!

Nichts rechtfertigt den Weiterbetrieb!

Grohnde - Demo

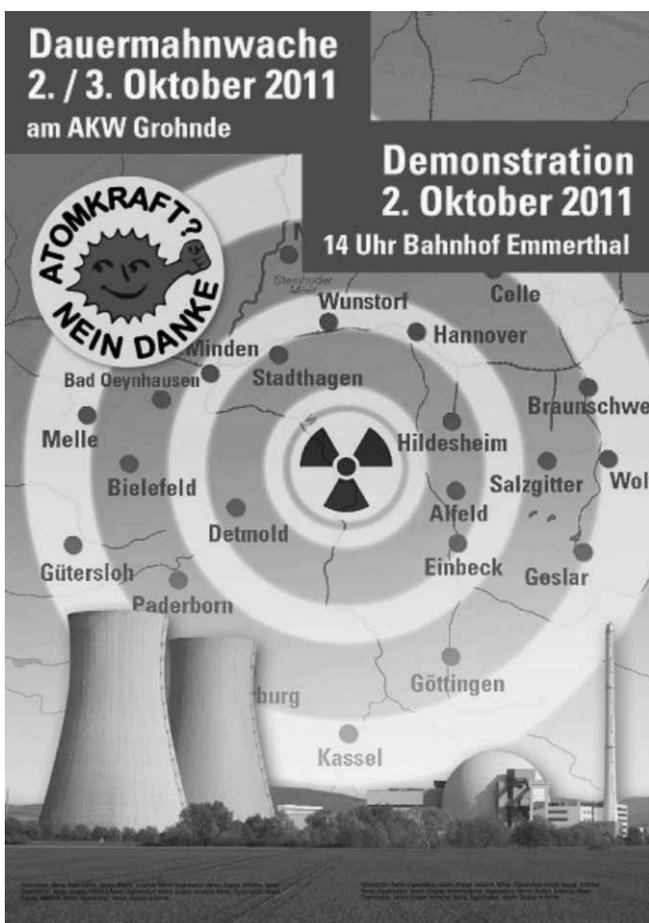
Gemeinsam mit der Regionalkonferenz Grohnde ruft das Celler Forum gegen Atomenergie für Sonntag, den 2. Oktober, 14.00 Uhr, zu einer Demonstration am AKW-Grohnde auf. Daran wird sich eine 24-stündige Dauermahnwache auf der dafür gesperrten Hauptzufahrt zum Reaktor anschließen. Im Aufruf zur Aktion heißt es:

»Atomausstieg« heißt in Grohnde, dass der Reaktor noch 11 Jahre weiter laufen soll. Das nehmen wir nicht hin. Sicherheit ist eine Illusion. In Grohnde genauso wie in Fukushima, beim Reaktorbetrieb genauso wie beim Atommüll. Wir wollen einen schnellen Ausbau Erneuerbarer Energien in der Fläche: dezentral und demokratisch, nachhaltig und sozial. Dem stehen die Atomkraftwerke im Wege. Nichts rechtfertigt den Weiterbetrieb! Schluss damit!

Wir fahren mit dem »Schönes-Wochenende-Ticket«; Abfahrt in Celle 11.47 (Treff als 11.30); Rückfahrt 17.13 (Ankunft Celle 19.05)

Aktuelle Infos unter

<http://www.grohnde-abschalten.de/>



Der Anfang der nuklearen Kette ähnelt einer Terra incognita. Über dem Uranerzbergbau liegt weltweit ein Geflecht aus Geheimhaltung und Desinformation. Selbst in den jüngsten Debatten über die Atomkraft spielen die verheerenden Folgen des Uranerzbergbaus keine Rolle. Der Film von Joachim Tschirner nimmt die Zuschauer_innen mit auf eine Reise, die von den ehemaligen ostdeutschen Uranprovinzen Thüringen und Sachsen zu den großen Uranminen der Welt in Namibia, Australien und Kanada führt. Mehr unter: <http://www.yellowcake-derfilm.de>

Mi., 19.10., 19.30 Uhr, Kino 8 ½, Eintritt frei

Veranstalter: Celler Forum gegen Atomenergie in Kooperation mit dem Celler Rosa Luxemburg Club und der RLS Niedersachsen – Eintritt frei.

Stromwechsel jetzt!

Als eine Reaktion auf unsere Kritik am Greenwashing der SVO haben sich einige Leute aufgemacht, Referenzkund_innen von WIRKLICHEM Ökostrom in Stadt und Landkreis Celle zu sammeln und auf einer Website zusammenzustellen. Schaut mal drauf:

www.oekostrom-celle.de

Und falls Ihr es noch nicht gemacht habt: Wechselt selbst von der SVO zu einem sauberen Anbieter; die Infos hierzu gibt es unter: www.no-svo.de

Hütchenspieler

Bei Messungen am Zaun des Atommüllzwischenlagers Gorleben sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Strahlenwerte festgestellt worden. Dem NDR liegt ein interner Vermerk des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) vor, in dem es wörtlich heißt, es sei nicht auszuschließen, dass die Jahresdosis bis Ende 2011 überschritten sein könnte. Eine Einlagerung weiterer Castor-Behälter wäre dann nicht zulässig. Jetzt sollen durch das Umstellen von Behältern innerhalb der Halle oder zusätzliche Neutronenabschirmungen die Strahlenbelastungen am Zaun gesenkt werden.

Identität in der Fremde

Die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM e.V.) sammelt bis zum 15. September 2011 Unterschriften für eine Petition an den Bundestag zur »Anerkennung der Kurdischen Identität in Deutschland«. Von der Website der Kampagne (www.kurdenindeutschland.de/) haben wir folgenden Text von Riza Baran. Er zeigt, warum »Identität« ein wichtiger Faktor der Integration sein kann. Wir sind in der Redaktion skeptisch gegenüber ethischen und religiösen Identitätsdiskursen (»die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik«), aber: Die größte Celler Migrationsgruppe sind die (yezidischen) Kurden. Deshalb sollten wir uns für diese Diskussion interessieren.

Unter den rund 2,7 Millionen Migrant_innen türkischer Staatsangehörigkeit, die heute in Deutschland leben, sind schätzungsweise, analog zu ihrem Anteil in der Türkei etwa 800.000 Kurd_innen. Hinzu kommt eine kleinere Anzahl kurdischer Flüchtlinge und Student_innen aus der Türkei, dem Iran, dem Irak und aus Syrien.

Bis vor einigen Jahren wurden sie mit ihrer indo-europäischen Sprache und ihren eigenen kulturellen Traditionen kaum bewusst wahrgenommen. Entsprechend ihres Passes wurden sie als Türken, Iraner oder Iraker betrachtet, auch von Seiten der Behörden, die für sie z.B. infrastrukturelle Maßnahmen hätten treffen müssen. Nicht verwunderlich daher, dass es kaum spezifische, auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Angebote im sozialpädagogischen, schulischen und kulturellen Bereich gab.

Erst im Verlaufe der 1970er Jahre, in denen sie sich selbst zu Wort meldeten und Defizite benannten, drangen ihre Anwesenheit und ihre kulturelle Besonderheit allmählich ins öffentliche Bewusstsein. Nun endlich finden sie immerhin in der breiten Diskussion um die Migrant_innen und ihre Probleme, um Multikulturalität, interkulturelle Erziehung und die Perspektiven dieser Gesellschaft Berücksichtigung.

Wie bildet sich Identität in der Fremde?

Die Kurd_innen als handelnde, in die hiesige Gesellschaft eingebundene Menschen, die ihre Stärken haben und unter noch mehr Defiziten leiden, stehen also im Zentrum dieser Diskussion. Was wir uns wünschen, sind stabile Persönlichkeiten, die ihre kulturellen Wurzeln ebenso kennen wie ihren Standort in dieser Gesellschaft, welche sie demzufolge aktiv mitgestalten können. Wie ist aber die Realität? Identität in der Fremde - wie ist diese für Kurden zu beschreiben?

Identität, wenn wir schon diesen Begriff benutzen müssen, sei definiert als das Wissen um die eigene Person, als Fähigkeit, die personale Kontinuität zu wahren, dabei aber gleichwohl die Balance zwischen personalem Ich und sozialem Ich, d.h. einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen des Selbst und den Erwartungen der anderen, zu halten. Hier wird schon deutlich, dass Identität als dynamisch zu begreifen ist, als sich entwickelnd im Rahmen und analog zu sozialen Veränderungen. Diese Entwicklung findet statt, ob bewusst oder unbewusst, ob durch soziale Maßnahmen gestützt oder behindert. Dementsprechend können ihre Ergebnisse außerordentlich widersprüchlich sein, immer aber zurückzuführen auf konkrete Erfahrungen innerhalb dieser Gesellschaft.

Voraussetzung für eine stabile Persönlichkeit, die gesellschaftliche Prozesse positiv beeinflussen kann, ist zunächst deren soziale Anerkennung. Diese drückt sich in Gleichberechtigung, Chancengleichheit und in einer multikulturellen Gesellschaft aus. Ebenso in der Anerkennung der jeweils eigenen kulturellen Werte, angefangen bei der Sprache. Die Sprache als wesentliches Mittel zur Kommunikation, zum Lernen und zum Austausch von Erfahrungen ist daher auch ein wesentliches Instrument gesellschaftlicher Veränderungen.

Aus welcher Vergangenheit kommen die kurdischen MigrantInnen?

Die meisten von uns kommen aus der Türkei und lebten dort, anders als viele Türken, im Agrarbereich mit seinem bäuerlichen Kollektivbewusstsein. Den ersten Bruch in unserer Entwicklung erlebten wir spätestens beim Schuleintritt, wo wir lernen mussten, dass wir



Newroz-Fest in den Celler Triftanlagen im Jahr 2000.

Türken seien. Die Sprache, die wir bis dahin als Muttersprache gelernt hatten, durften wir auf einmal nicht mehr sprechen. Mit dem Erlernen des Türkischen fingen wir sprachlich noch einmal bei Null an. Klar, dass dieser Rückstand im Vergleich zu türkischen Muttersprachler_innen kaum aufzuholen war.

Hinzu kamen und kommen die Verbote, bestimmte kulturelle Traditionen zu pflegen, etwa Lieder in kurdischer Sprache zu singen, kurdische Namen zu benutzen, in kurdischer Sprache zu publizieren. Inzwischen sind auf Druck der EU diese Verbote in eine Duldung umgewandelt worden, die aber immer die Gefahr einer Duldungsrücknahme mit sich tragen. Gleichzeitig gab es keine Amnestie, sondern es sind immer noch diesbezügliche Verfahren anhängig.

Kurdische Dörfer bekamen ohne Kenntnis der Bewohner_innen türkische Namen. Die Liste der Maßnahmen zur Assimilation, zur Anpassung der Kurden an die herrschende türkische Kultur, ist noch viel länger und leider auch nicht ohne Gewalttaten. Der negative Höhepunkt war das in der Verfassung verankerte Verbot der kurdischen Sprache in der Türkei. Dieses "Sprachverbotsgesetz" von 1983 ist inzwischen aufgehoben worden.

Bis 1991 waren Kurden in der Türkei Unpersonen, bestenfalls "Bergtürken", ihre Sprache ein Sammelsurium entlehnter Wörter, die kurdische Kultur eine Unkultur. Von sozialer Anerkennung, Gleichberechtigung usw. keine Rede! Ein kontinuierliche, durch pädagogische und sonstige Maßnahmen gestützte Persönlichkeitsentwicklung wurde so verhindert. Ständige negative Eingriffe schränkten die Entfaltungsmöglichkeiten der Kurden drastisch ein.

Die Lockerungen und Erleichterungen sollen nicht klein geredet werden, aber sie beziehen sich zunächst einmal auf den individuellen Menschen, auf den Privatbereich. Im öffentlichen Bereich von Gruppen, Vereinen, Versammlungen oder anderen Zusammenschlüssen jedoch gibt es immer noch kein Recht auf die Ausübung der Muttersprache, weil es an einer eindeutigen Rechtsgrundlage fehlt.

Hier, wie auch für die oben erwähnten Beispiele gilt: "Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein. Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen" (Goethe)

Die erste und teilweise auch die zweite Generation der kurdischen Migrant_innen steht unter dem Eindruck dieser Repressionserfahrungen, wie sie auch andere kolonisierte Völker machen mussten. Wie viele deformierte Persönlichkeiten mit abgebrochenen Entwicklungslinien und verschütteten Fähigkeiten dies hervor gebracht hat, wagt man kaum zu fragen.

Wie ist die aktuelle Situation der Kurden in Deutschland?

Der Wechsel von einer Agrar- in eine Industriegesell-

schaft bringt zwangsläufig eine mehrfache Umorientierung mit sich. Da heißt es, sich neue Arbeitstechniken anzueignen; in ein völlig verändertes Zeitbudget eingepresst zu leben; familiär-verwandtschaftliche Anforderungen und Bedürfnisse dem industriellen Arbeitsrhythmus unterzuordnen; sich auf sich selbst und die eigenen Fähigkeiten gestellt wiederzufinden; auf einmal bewusstseinsmäßig den Sprung vom Kollektiv (der Großfamilie, dem Dorf, dem Stamm) zum Individuum vollziehen zu müssen.

Hinzu kommen diskriminierende, angstmachende Umstände der Übersiedlung in die neue Umgebung. Die Hilfen zur Eingliederung in die hiesige Gesellschaft sind minimal und entsprechen auf keinen Fall den Notwendigkeiten. Mangelnde Sprachkenntnisse behindern die Kommunikation mit der Aufnahmegesellschaft und verhindern ein aktives Eingreifen in gesellschaftliche Prozesse.

Wieder einmal werden Entwicklungslinien abgeschnitten, Entfaltungsmöglichkeiten begraben. Die Geschichte wiederholte sich und wurde sogar noch dadurch verschärft, indem bei den Kurd_innen an eine fremde, uns aufgezwungene "Identität", angeknüpft wird. Sozialberatung in türkisch, muttersprachlicher Unterricht in türkisch usw. gehen nicht nur an unseren Bedürfnissen vorbei, sondern sie erschweren uns das Leben häufig noch zusätzlich.

Nun ist aber Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft und ein paar ganz Verwegene finden dies positiv - im Gegensatz zu den ewiggestrig Deutschnationalen. In der Vielfalt liege die Würze. Es gelte, diese zu erhalten und, orientiert an den humanistisch-demokratischen Idealen der Menschheit, weiterzuentwickeln. Sie setzen das Recht auf Andersartigkeit den Vorstellungen von Assimilierung, sprich Germanisierung, entgegen. Sie meinen, und dazu gehöre auch ich, dass eine Akzeptanz der hier lebenden Minderheiten der Demokratie und der allgemeinen Entwicklung dieser Gesellschaft nur förderlich sein könne. Inklusive Gleichberechtigung und politischer Partizipation auf allen Ebenen.

Diese kreative Beteiligung der Migrant_innen setzt aber voraus, dass sie in ihrer eigenen wie der deutschen Sprache und Kultur "zu Hause" sind; dass sie die Wurzeln der eigenen und die der deutschen Kultur kennen und sich mit beiden kritisch auseinandersetzen können. Kulturelle Entfaltung vollzieht sich in erster Linie durch Lernen. Die daraus folgende Erweiterung der Bedürfnisse der Menschen ist die Antriebskraft für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft. Will sie nicht stagnieren, muss sie entsprechende Möglichkeiten bereitstellen. Und zwar langfristig und kontinuierlich und nicht reduziert auf die ihr womöglich genehmen zwei Drittel, während der Rest ausgegrenzt wird.

Für uns Migrant_innen heißt dies, dass wir uns auf diese Gesellschaft einlassen müssen, mit Hilfe ihrer Sprache zu ihren kulturellen Wurzeln vorzudringen. Die insbesondere unter der ersten Generation weitverbreitete

Ignoranz gegenüber den Realitäten in diesem Lande hatte zwangsläufig ein "falsches" Bewusstsein zur Folge. Von dieser Gesellschaft abgekoppelte, womöglich ausschließlich auf das Herkunftsland orientierte Aktivitäten müssen zu Orientierungslosigkeit und irrationalen Handeln, auf der politischen Ebene sogar zu reaktionärem Handeln, führen.

Die erste Generation, soweit sie nicht bereit ist, sich zu öffnen und sich die Teilhabe an dieser Gesellschaft zu erkämpfen, kann als sozusagen reduzierte Persönlichkeiten für die zweite und dritte Generation der Migrant_innen keine Vorbildfunktion mehr beanspruchen. Die Kommunikation zwischen ihnen wird abbrechen. Die erste Generation hat dann auch ihre Chance verspielt, als Brücke zwischen den Kulturen und als Vermittlerin zwischen den Völkern wirken zu können. Viele Angehörige der ersten und teilweise auch der zweiten Generation stellen so mit ihrer sturen Heimatorientierung ein Entwicklungshemmnis ersten Ranges für die Migrant_innen insgesamt dar. Sie stehen damit gleichzeitig gegen die sich gegenwärtig verstärkenden Tendenzen zur Internationalisierung. Globales Denken setzt voraus, Zusammenhänge und Abhängigkeiten erkennen zu können. Dazu gehört geistige Offenheit.

Jenes Entwicklungshemmnis wirkt für uns Kurden noch verschärfend, denn wir könnten uns hier, wie einige Beispiele zeigen, vom aus der Heimat mitgeschleppten Ballast und seinen Defiziten befreien. Hier haben wir die Möglichkeit, unsere Sprache zu sprechen und in ihr zu publizieren. Vieles mehr bleibt jedoch zu erkämpfen. Dies ist aber nur durch die Einbettung entsprechender Forderungen in ein breites internationales Bündnis möglich, welches die globale Entwicklung zur Multikulturalisierung voranbringt. Dazu muss sich allerdings jede Minderheit überall auf dieser Welt auf diese jeweilige Aufnahmegesellschaft einlassen, sie als ihr (neues) Zuhause betrachten und sie aktiv mitgestalten, um sie sich so anzueignen.

Das ist der Weg, der zu bewussten, zu selbstbewussten und stabilen "Identitäten" und Persönlichkeiten führt und der die multikulturelle Gesellschaft zur globalen Norm machen kann.

Forderungen der Kurdischen Community an die deutsche Mehrheitsgesellschaft:

- Anerkennung der Kurden als eine eigenständige ethnische Gruppe innerhalb der Migrant_innen.
- Einführung des Faches Muttersprache als versetzungsrelevantes Pflichtfach. Anerkennung des Kurdischen als Muttersprache in den Regeklassen für Kinder aus kurdischen Familien entsprechend den gleichen Prinzipien wie bei Kindern anderer Migrant_innen. Dementsprechend zweisprachige deutsch-kurdische Alphabetisierung.
- Einführung spezieller Beratung und weiterer Angebote für kurdische Kinder zur Überwindung von Lernschwierigkeiten und zur Förderung der Lernmotivation.

- Einführung von Sendezeiten in kurdischer Sprache in Rundfunk und Fernsehen.
- Unterstützung und Finanzierung kurdischer gemeinnütziger Institutionen (Beratungsstellen, Kinder- und Jugendtreffs, kulturelle Aktivitäten) in personeller und räumlicher Hinsicht sowie bezüglich notwendiger Sachmittel.
- Erforschung der kurdischen Sprache, Kultur und Geschichte durch die Einführung des Faches Kurdo-logie an den Hochschulen sowie durch Lehrangebote für Kurdisch an orientalischen und sprachwissenschaftlichen Instituten der Bundesrepublik Deutschland.
- Berücksichtigung der besonders benachteiligten Situation und der vielfältigen Probleme der kurdischen Frauen, die auch aufgrund der halbfeudalen Strukturen ihrer Gesellschaft nur begrenzt am sozialen und politischen Leben partizipieren können, durch ein spezielles Beratungs- und Betreuungsangebot durch Muttersprachlerinnen sowie Erweiterung der Angebote im sozialen und gesundheitlichen Bereich
- Durchführung von Kurdisch Unterricht
- Intensive Förderung von Elternarbeit
- Förderung von Deutschkursen für kurdische Eltern
- Förderung der Herausgabe kurdischer Literatur und deren Aufnahme in öffentliche und Schulbibliotheken
- Verbesserung der Verbreitung von kurdisch sprachigen Medien aller Art
- Anerkennung der kurdischen Namen durch die hiesigen Standesämter
- Asyl für kurdische Flüchtlinge; Anerkennung ihrer ethnisch begründeten Verfolgung
- Anerkennung frauenspezifischer Asylgründe; Schaffung besonderer Betreuungsangebote für sie
- Keine Abschiebung von Kurd_innen

Der Autor, Riza Baran, ist prominenter Vertreter der ersten Generation von Zuwanderern aus der Türkei. Baran ist seit den 1990er Jahren Mitglied der Grünen in Berlin-Kreuzberg und gilt als Urvater von Migrationsbeiräten. Jetzt ist er Vorsitzender der Kurdische Demokratische Gemeinde zu Berlin



Politik der humanitären Intervention

Im folgenden Beitrag analysiert der in Uganda lehrende Professor für Sozialforschung Mahmood Mamdani Entstehung und Folgen des UN-Mandats für die "humanitäre Intervention" von NATO-Staaten in Libyen. - Sein Fazit: diese Intervention dient vor allem den Interessen der kriegführenden Länder; libysche Gelder werden zur Beute der Kriegführenden, neue Waffen werden getestet, Libyen wird - bei "Erfolg" der Militärintervention - aufgrund der Zerstörungen durch den Krieg vom Ausland abhängig werden. Es droht ein Bürgerkrieg vom "Afghanistan-Typ", unter Beteiligung von Al-Kaida nahen radikalen Islamisten.

[...] Freude über den militärischen Sieg der NATO kann in den Reihen der Friedensbewegung nicht aufkommen. Dazu sind den Bombenangriffen der NATO eine zu große Zahl von Zivilpersonen zum Opfer gefallen, Häuser, Schulen, Rundfunkstationen und andere Infrastruktureinrichtungen zerstört worden. Noch vor wenigen Tagen starben bei NATO-Angriffen auf das Dorf Majer 85 Bewohner, darunter Frauen und Kinder.



Wie in solchen Fällen üblich erklärte ein Sprecher der NATO, das bombardierte Dorf stellte "einen militärischen Sammelpfad" dar und die NATO habe "zur Stunde keine Beweise für irgendwelche zivilen Opfer". Am 8. August hat die UNESCO sich darüber beschwert, dass bei einem Luftangriff auf eine Übertragungsanstalt des libyschen Fernsehens drei Medienmitarbeiter getötet und 21 Menschen verletzt wurden. Gewalt gegen Journalisten und Medienmitarbeiter verstoßen gegen internationales Recht, insbesondere gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrats 1738 (2006). [...] Da die NATO keinerlei Angaben über Opfer auf libyscher Seite macht, dringen nur sporadisch Meldungen über sog. "Kollateralschäden" unter der Zivilbevölkerung durch. Bekannt wurde z.B. der Fall eines Familienvaters, der am 20. Juni seine Angehörigen bei einem NATO-

Luftangriffe auf die libysche Stadt Sorman verloren hatte und eine Klage gegen die NATO einreichte. Bei dem Angriff auf das Wohnhaus waren insgesamt 15 Menschen getötet worden. Mitte Juli hatte die libysche Regierung die bis dahin getöteten Zivilpersonen auf 1.108 beziffert.

Der Krieg der NATO zielte von Anfang an auf den Sturz des libyschen Machthabers Gaddafi. Der "Schutz der Zivilbevölkerung" war lediglich ein Vorwand, diesen Krieg zu führen. In Wahrheit ging und geht es der "westlichen Wertegemeinschaft" um materielle und strategische Ziele:

Eine neue, neoliberal ausgerichtete libysche Regierung befreit die westlichen Erdöl- und Erdgaskonzerne von den Verträgen mit Gaddafi, die dem Regime durchschnittlich 89 Prozent der Einnahmen zuführten.

Eine neue Regierung der "Rebellen", die in der Schuld ihrer westlichen Schutzmächte steht, eröffnet multinationalen Wasserkonzernen die Möglichkeit, sich an der Vermarktung des noch in Staatsbesitz befindlichen Nubischen Aquifer zu beteiligen. Dieses größte Frischwasserreservoir der Welt unter der libyschen Wüste ermöglicht die komplette Wasserversorgung des Landes mit einer Reichweite von ca. 5.000 Jahren. Der Wert des Wassers liegt beim Fünffachen des Werts des Erdöls und Erdgases.

Mit der Beseitigung Gaddafis verschwindet ein wichtiger Motor der afrikanischen Einigung, die auf eine ökonomische Selbständigkeit des schwarzen Kontinents abzielt - unabhängig vom internationalen Währungsfonds und den Petrodollars.

Darüber hinaus könnte eine westlich orientierte neue libysche Regierung helfen, den Einfluss Chinas in Afrika zurück zu drängen. China investiert in Libyen mehr als in den anderen afrikanischen Staaten. Der Westen sieht in der chinesischen Konkurrenz eine Bedrohung des eigenen Einflusses und der Profitquellen westlicher Konzerne.

Eine prowestliche Regierung in Libyen eröffnet für Großbritannien und die USA die Möglichkeit, wieder - wie unter der Herrschaft des libyschen Königs vor 1969 - Militärstützpunkte einzurichten.

Die Kriegshandlungen gegen Libyen waren ursprünglich vom UN-Sicherheitsrat mandatiert worden (Resolution 1973 vom 17. März). Die Resolution ermächtigte jeden Staat, der will, zum "Schutz der Zivilbevölkerung" alle militärischen Mittel einzusetzen und jeglichen Flugverkehr gewaltsam zu unterbinden - und forderte eine "sofortige Waffenruhe". Der NATO-Einsatz hat binnen kürzester Zeit diese Absichten in das Gegenteil verkehrt:

Keine Bodentruppen?

"Indessen gab die Nato zu, dass sie die Rebellen mit Geheimdienstinformationen auf der Jagd nach Gaddafi unterstützt. Der britische Verteidigungsminister Liam Fox bestätigte dies im Sender Sky News. Dabei gehe es etwa um Militärflugzeuge. Zuvor hatte die britische Zeitung Daily Telegraph unter Berufung auf Quellen im Verteidigungsministerium gemeldet, britische SAS-Spezialeinheiten seien bereits vor Wochen nach Libyen geschickt worden, um den Kampf um Tripolis zu koordinieren. Zur Tarnung hätten sie Zivilkleidung und Waffen wie die Aufständischen getragen."

(Süddeutsche Zeitung, 26. August 2011)

"... ermächtigt die Mitgliedstaaten, (...) alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen (...), um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschließlich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets ..."

Aus der Resolution 1973 (2011) des UN-Sicherheitsrats vom 17. März 2011, Ziffer 4.

Die Eroberung des Luftraums wurde genutzt, um das Land aus der Luft zu bombardieren; geschützt wurden ausschließlich die Verbände der Rebellen und die von ihnen eingenommenen Städte; und jedes Waffenstillstandsangebot Gaddafis sowie die Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union oder Venezuelas wurden von NATO und Rebellen postwendend abgelehnt.

Somit ist die UNO der eigentliche Verlierer dieses Krieges. Sie hat zugelassen, dass die NATO ein Land überfällt und dessen Regime wegbombt. Auf der Strecke bleiben die in der UNO-Charta verankerten Prinzipien des Gewaltverbots (Art. 2,4), der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität (Art. 2,2) und der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten (Art. 2,7). Unter Berufung auf eine besondere "Schutzverantwortung" ("Responsibility to Protect") hat der UN-Sicherheitsrat das Geschäft der NATO besorgt und das Völkerrecht weiter ausgehöhlt.

Aus all diesen Gründen weigert sich der Bundesausschuss Friedensratschlag, in die Jubelchöre des Westens über den entmachteten Despoten Gaddafi einzustimmen. Der Preis, den das libysche Volk zahlen musste, ist hierfür zu hoch. Und das beschädigte Völkerrecht wird nur schwer zu reparieren sein.

Für die weitere Entwicklung ist zu hoffen, dass

- die Kämpfe sofort und endgültig eingestellt werden,
- neutrale Blauhelme der Afrikanischen Union ins Land gelassen werden, die über eine Waffenruhe wachen sollen, und
- das libysche Volk als Ganzes demokratisch über seine eigene Zukunft entscheiden kann.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken, Berlin Peter Strutynski, Kassel

Europas Außengrenzen

MAUERN VERLETZEN FLÜCHTLINGSRECHTE



LITTLE ALIEN

Film zum Tag des Flüchtlings

Der bundesweite **Tag des Flüchtlings** wird dieses Jahr am 30. September begangen. Der AK Ausländer zeigt zu diesem Anlass den Film »Little Alien« im Kino 8 ½ - und zwar am Fr., den 30.9. um 20.30 Uhr sowie am Sonntag, den 2.10., um 11.00 Uhr; der Eintritt ist frei.

Der Film der Regisseurin Nina Kusturica erzählt die Geschichte osteuropäische Teenager, die unter lebensgefährlichen Umständen nach Österreich geflüchtet sind und dort von den Grenzbehörden verfolgt werden. Andere Jugendliche haben die Flucht geschafft und wollen in Österreich ihr Leben neu gestalten. Zwei von ihnen leben in Wien und hoffen auf Asyl. Ihre traumatischen Erfahrungen des Verlusts, die Sehnsucht nach ihren Familien und der Blick in eine ungewisse Zukunft prägen ihren schweren Neuanfang. Der Dokumentarfilm ergänzt seine Beschreibungen durch schlaglichtartige Momentaufnahmen anderer flüchtender Jugendlicher, in der spanischen Exklave Ceuta in Nordafrika, am Hafen von Patras in Griechenland oder im marokkanischen Tanger ...

Das Materialheft "Mauern verletzen Flüchtlingsrechte!" zum Tag des Flüchtlings kann heruntergeladen werden auf der Seite <http://www.proasyl.de/> Das von PRO ASYL erarbeitete Heft enthält Analysen, Fakten und Impulse gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen.

Den Punk zurück nach Celle bringen

Die Biermannstraße 16 – oder auch b16 – startet mit einem Haus- und Hoffest am ersten Oktoberwochenende offiziell als neues jugendkulturelles Projekt. Wir wollten per e-mail-Interview mal wissen, was in und mit b16 passieren soll.

!!: Zuerst mal: Wir sind keine homogene Masse, sondern einzelne Menschen mit einzelnen Analysen und Sichtweisen. Auch wenn wir versuchen, Fragen als Kollektiv zu beantworten, gibt es bei uns keine einheitlichen Meinungen, deshalb werden wir Einzelmeinungen als Einzelmeinungen kennzeichnen (Billardzimmer, Rohrzange, Bibliothek, Küche, Professor Bloom). Kollektiv zu antworten wird weder uns noch irgendwem gerecht, auch wenn wir uns sicherlich in vielem einig sind.

revista: In einer Zeit, in der Jugend und junge Erwachsene sich aus meiner Sicht immer uninteressierter zeigen, sich politisch zu engagieren um ihren Lebensraum mit und besser zu gestalten, freut es mich besonders, dass in der Biermannstraße scheinbar ein Gegen-trend erkennbar ist. Ihr nennt Euch B16, wer seid Ihr und was wollt Ihr für Euch und in dieser Stadt?

Cluedo: Also, zuerst mal ist es schon lange so, dass in



der Biermannstraße Menschen gelebt haben und leben, die sich selbst im Widerspruch zum gesellschaftlichen Mainstream gesehen haben (soweit mensch Gesellschaft als Ganzes begreift und nicht als Sammelsurium ...)

Dolch: Heißt das Sammelsurium oder Sammelsorium?

Rohrzange: Das Rechtschreibprogramm gibt dem Wort Sammelsurium Recht!

Cluedo: ... unterschiedlichster Szenen, Schichten, Klassen, usw.). Den Gegentrend gibt es also schon lange, und das an sich ist nichts Neues. Neu ist vielleicht, sich selber eine Struktur (mehr oder weniger feste Termine, Plena, usw.) und Öffentlichkeit (über Szenezusammenhänge hinaus) zu geben. - Wir wollen als Bewohner nicht vereinzelt in unseren 1-3-Zimmerbutzen vor uns hin verrotten, sondern versuchen mit vielen Menschen zusammen zu leben, arbeiten (aber nicht Lohnarbeiten), wirtschaften, kochen ... Bier trinken!

Frau Weiss: Wir als Bewohner_innen versuchen möglichst undogmatisch und gleichberechtigt unseren gemeinsamen Wohn- und Lebensraum zu gestalten. Es sollte jeder Einzelnen ein Lebensstil möglich sein, der die Anderen nicht gravierend einschränkt. Das funktioniert natürlich nur, wenn gewisse Gemeinsamkeiten vorhanden sind, jede bereit ist, sich mitzuteilen und miteinander zu diskutieren.

Geheimgang: Undogmatisch heißt dabei für uns vor allem, dass Entscheidungen immer diskutierbar bleiben. Zusammenleben soll sich bei uns prozesshaft entwickeln ohne einen starren Überbau aus Regeln und festen Werten & Normen.

Cluedo: Aber *b16* ist mehr als seine Bewohner.

Professor Bloom: *b16* - übrigens kleingeschrieben, weil wegen antikapitalismus und englisch wegen anglizismus und so.

Cluedo: Durch Umbaumaßnahmen ist eine Struktur gelungen, die die gesamte untere Etage zum offenen Raum macht. Als Kollektiv wollen wir einen neuen offenen kulturellen, politischen und sozialen Raum schaffen, der möglichst vielen Menschen zugänglich ist. Ziel ist nicht ein neues Szeneghetto (auch wenn sich das nie ganz vermeiden lässt), sondern ein Ort für gemeinsames Leben, jenseits von Konsum- und Leistungszwängen. - Den Begriff Stadt müssen wir näher definieren. Wenn Stadt als Verwaltungsapparat ...

Professor Bloom: Apparat heißt das!

Cluedo: ... und politisches Gefüge mit Behörden, Ämtern, Parteien, Polizei,... gemeint ist: (*Hier sollte ein*

Kothaufen abgebildet sein!) Wenn Stadt als soziales Gefüge von unterschiedlichen Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen, Meinungen, Haut- und Haarfarben,... gemeint ist, sehen wir uns als autonomen Teil davon, der politisch, sozial und kulturell agiert!

revista: Seid Ihr eingebunden in andere politische Gruppen, Bewegungen, Projekte, oder versteht Ihr Euch als gänzlich eigenständig?

Cluedo: Wie schon gesagt, verstehen wir uns nicht als homogene Masse. Gerade was politische Aktivitäten angeht, wird das auch deutlich. Wir verstehen uns als eigenständiges Projekt, auch wenn Einzelne von uns in unterschiedlichen politischen Gruppen, Bewegungen ... aktiv sind.

Wintergarten: *b16* will aber auch Raum für Vernetzung mit unterschiedlichsten Gruppen und Einzelpersonen schaffen. Es wird möglich, dass Menschen, die sonst wenig miteinander in Kontakt stehen, gemeinsam an (womöglich zeitlich begrenzten) Themen und Projekten arbeiten können und die Vernetzung mit anderen, ganz unterschiedlichen Gruppen/Projekten/Bewegungen stärkt und bereichert das Projekt *b16*.

Rohrzange: Ich finde den Begriff Bewegung in diesem Zusammenhang spannend. Klar sehe ich mich als Teil von BewegungEN. Anti-AKW, Antifa, Frei-Raum,... und so einiges mehr. Allerdings brauche ich dafür weder Bewegungsmanager_innen, noch führende Köpfe. Ich vernetze mich mit Menschen und nur sehr begrenzt mit organisierten Strukturen.

Oberst von Gatow: Ich fände es nämlich auch sehr schade, wenn sich Einzelpersonen nur hier engagieren würden. So würden irgendwann Diskussionen und Projekte stagnieren oder nur noch durch neu hinzukommende Leute bereichert werden. Schließlich kann *b16* allein, keine politisch-soziale Meinung bilden. Dies sollte ein einzelnes Projekt meiner Meinung nach auch nicht können.

revista: Was für konkrete Ideen, Aktionen oder Projekte wollt Ihr in nächster Zeit realisieren?

Cluedo: Zunächst einmal sind die Umbaumaßnahmen am Haus noch nicht abgeschlossen. Im Haus befindet sich zum Beispiel ein Umsonstladen, der nun in die untere Etage integriert werden soll. Auch der Wohnbereich soll noch weiter nach unseren Vorstellungen verändert werden. Außerdem muss Platz geschaffen werden, um sich kreativ und künstlerisch noch besser ausleben zu können. - Vom 30.09. - 03.10. findet bei uns das Haus- und Hoffest als erste ganz offen beworbene Veranstaltung statt. Es wird keinen festen Eintrittspreis geben, allerdings freuen wir uns über Spenden um die Unkosten zu decken, und/oder über mit uns abgesprochene Sachspenden im Vorfeld (Kontakt:b16@riseup.net). - Danach werden wir mehr oder

weniger regelmäßig Konzerte und Partys veranstalten. Ansonsten gibt's da noch so 'nen Auftrag, „den Punk zurück nach Celle zu bringen.“ ... Wir werden sehen was sich machen lässt, liegt ja nicht nur an uns! Freitags ab 21.00 Uhr wird bei uns iroisiert. Dazu laden wir jeden Menschen (Nazis, Rassisten, Sexist_Innen, Soldaten, usw. ausgenommen) ein.

Ein Teil von uns wird sich nächstes Jahr verstärkt dem Thema "Public Gardening" widmen. Dafür werden auch noch Mitstreiter gesucht.

Billardzimmer & Fräulein Roth: ABC-Café, langfristige ABC-Ortsgruppe (ABC= Anarchist Black Cross), und damit verbunden Antiknast-Arbeit und Gefangenearbeit.

Reverend Grün: Celle braucht wieder eine VolxKüche!

Speisezimmer: Cool wäre es, die VoKü, den Umsonstladen und ein Soundsystem mobil zu machen um vielen Menschen die Möglichkeit zu geben auf diese Strukturen zuzugreifen. Zum Beispiel für Kampagnen, Camps, AntiRa-Arbeit, ...

Cluedo: Ansonsten freuen wir uns, wenn Menschen Lust darauf haben, sich in *b16* mit eigenen Ideen und Projekten (oder auch in bestehenden Sachen) einzubringen und den offenen Raum mitzugestalten.



Wie weiter nach dem Flop?

Open-Air-Veranstaltungen geraten in Celle langsam in den Ruf, ins Wasser zu fallen. Das Wetter spielte in den vergangenen Jahren kaum einmal mit, was mittlerweile zu einem konzeptionellen Wirrwarr geführt hat. Dabei ließe sich aus den Festivals in direkter Nähe, also Südwinsen (siehe Foto) und Bockelskamp einiges lernen. Dort zumindest überstehen die Veranstalter_innen auch mal zwei aufeinander folgende verregnete Sommer, ohne zu verzagen oder dabei Pleite zu gehen.

Anlass für die neuerlichen Diskussionen waren in diesem Sommer die »CellAir Musicdays« vor dem Celler Schloss. Sie waren gewissermaßen als Lückenfüller aus dem Boden gestampft worden für die zaghafte Stadtpolitik, die sowohl Streetparade als auch Altstadtfest wegen finanzieller Unwägbarkeiten ausgesetzt hatte. Doch das Publikum mochte eine weitere Auflage eines »Rocktail«-Spektakels nicht goutieren. Trotz massiver Promotion durch die Cellesche Zeitung endete es finanziell als Debakel.

„Wenn andere (nur) feiern – dann startet in Celle ein Musik-Festival der Superlative.“ In diesem Werbespruch drückt sich ein grundsätzliches Celler Dilemma bestens aus. Wie in vielen anderen Bereichen gehört es zum festen Bestandteil lokaler Mentalität, sich nicht damit abfinden zu wollen, dass die Stadt an der Aller nun mal keine Metropole ist, sondern eine in fast allem durchschnittliche Mittelstadt. Deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte liegt einzig das Alter ihrer Bewohner_innen.



Das bedeutet längst nicht, dass es sich um eine musikkulturelle Wüste handelt. So hat es etwa die CD-Kaserne geschafft, ein Publikum für »a-capella«-Gruppen zu gewinnen; im »Herzog Ernst« geben sich seit einiger Zeit erstklassige Blues-Bands die Klinke in die Hand; und Jürgen Wippichs »kultur querbeet« hat immer mal wieder richtiggehende Perlen im Angebot.

Wenn eigentlich keine Spielart von aktueller Pop/Rockmusik so richtig Publikumszuspruch genießt, hat schlicht und einfach damit zu tun, dass fast die Hälfte der Jugendlichen für weiterführende Ausbildungen die Stadt verlässt. (Ein Problem, das durch das Turbo-Abi nach 12 Jahren verschärft wird.) Deshalb funktionieren scheinbar nur Coverbands, in Teilen das Metal-Segment und eben bislang »Rocktail«.

Daraus ergibt sich aber ein konzeptionelles Problem, zumindest für eintrittsfinanzierte Veranstaltungen. Vor diesem Hintergrund lässt sich mit Bands aus der Regionalliga kein Festivalpaket schnüren, das die nötige Attraktivität hat. Darauf verweist auch das Gegenbeispiel Uelzen. Dort gab es von 2008 – 2010 jeweils eintägige »Open R«-Veranstaltungen, die mit den Ärzten, Mando Diao (2008), Silbermond, Jan Delay (2009), den Fanta 4 sowie Ich+Ich (2010) die Bundesliga am Start hatte und bei einigen tausend Besucher_innen mit jeweils rund 50 Euro auch finanziell funktionierte. Aber: Das ist für eine Provinzstadt eine absolute Ausnahmesituation (gewesen). Welcher Veranstalter würde in Celle ein solches Risiko eingehen?

Wer eine überregionale Attraktion in Celle platzieren will, müsste versuchen, das Fachwerkambiente mit einem spezifischen musikalischen Angebot zu verbinden. Die einzige Nische scheint da zur Zeit die »unplugged/a-capella«-Schiene zu sein. Dies aus zwei Gründen: Zum einen hat es die CDK in den vergangenen Jahren verstanden, »a-capella«-Acts in Celle zu etablieren, d.h.: Es gibt ein verständiges Publikum. Zum anderen wäre eine »unplugged«-Ausrichtung tatsächlich ein Gegenpol zum rockmusikklastigen Festivalreigen im Sommer, gegen den eine kleine Provinzstadt realistisch nichts überregional Interessantes anbieten kann. Im Übrigen: Kaum eine Band etwa, die z.B. auf dem Scheeßel-Festival spielt, hat den vertraglichen Raum, im selben Sommer im nur 80 km entfernten Celle auftreten zu dürfen.

Auch bei Veranstaltungsort und -technik wäre ein anderer Rahmen wünschenswert als das Schloss. Der Platz am Schösschen im Französischen Garten ist eigentlich der ideale Ort: Er lässt sich verhältnismäßig unproblematisch absperren, er ist bestuhlt, er bietet eine wunderbar naturnahe Abgeschlossenheit – und die Anwohner_innen werden es an ein, zwei Tagen im Jahr »ertragen«. In den 1970/1980er Jahren fanden hier einige – von der Stadtjugendpflege veranstaltete – kleine Festivals statt (u.a. mit den legendären Kraan oder Guru Guru), an die sich viele ältere Eingeborene noch heute mit Begeisterung erinnern.

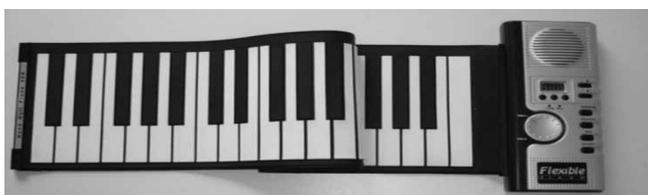
Strikt zu trennen von einem Musikfestival ist das Altstadtfest. Es ist eine Veranstaltung für die Einheimi-

schen und die Region und sollte nicht für touristische Zwecke instrumentalisiert werden. Ein solches Fest ist nicht angewiesen auf »große Namen«, sondern auf die Stimmung. Denn den Besucher_innen geht es darum, sich mit Freunden und Bekannten bei Live-Musik zu treffen - gemeinsam mit vielen anderen. Das wesentliche Moment dabei ist (leider) das Wetter. Ist ein schöner Sommerabend, ist es völlig egal, welche Band gerade auf der Bühne steht. Es geht nur darum, über das musikalische Programm »Szenen« und Milieus entsprechende Anlaufpunkte zu schaffen. Das lässt sich mit Bands aus der Region machen & wenn ein Radiosender auf dem Großen Plan mit irgendwelchen Sternchen ein Mainstream-Publikum bespaßen will, soll er das tun. Das Gelingen eines solchen Altstadtfestes hängt nicht am Programm. Ach so: Und selbstverständlich darf von den Besucher_innen kein Eintritt erhoben werden. Denn sie kommen nicht in erster Linie, um Musik zu hören und noch weniger wegen einer bestimmten Band.

Noch eins zu den Kosten: Jeder einzelne Besuch im Schlosstheater wird mit rund 66 Euro subventioniert. Gesponsert wird so das kulturelle Bedürfnis von Milieus, die es – zumindest in dieser Höhe – nicht nötig hätten. Vor diesem Hintergrund lässt sich problemlos die Subventionierung von Altstadtfest und kleiner Festivalkultur im Popmusikbereich vertreten, oder?

Die CDU vertrat im Kommunalwahlkampf allerdings hierzu eine gegensätzliche Position. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Gevers etwa meinte: „*Es kann nicht sein, dass Steuergelder für das Feiern von Menschen ausgegeben werden.*“ Im so genannten Eventbereich werden also jegliche Defizite mit dem bildungsbürgerlichen Resentiment abgewehrt, es handele sich nur um »feiern«. Das ist hinsichtlich des Altstadtfestes nicht ganz falsch, aber: Im Unterschied zum von konservativen Kreisen so geschätzten Schützenfest gibt es bei Streetparade oder Altstadtfest ein (zum Teil hochwertiges) kulturelles Angebot, das die Menschen zusammenführt.

Deshalb ist zu hoffen, dass Kommunalpolitik und Stadtverwaltung zur Besinnung kommen. Über (kostenlose) Openair-Kultur im Sommer könnten sie jedenfalls einem Image-Problem entgegensteuern: Celle wird tatsächlich zunehmend als »Residenz«-Stadt wahrgenommen – als Residenz von Rentner_innen und Pensionären. Daraus resultiert dann, dass junge, gut ausgebildete Menschen die Stadt schnellstmöglich verlassen und dass Fachkräfte, die hier einen Job finden, häufig lieber von einem attraktiveren Wohnort pendeln, als sich vor Ort niederzulassen. – Celle hatte mal den Ruf »braun« zu sein, jetzt steht die Stadt vor dem Problem als »grau« wahrgenommen zu werden.



Der gute Mensch von Sezuan im Schlosstheater

Das Schlosstheater beginnt die Saison mit dem Brecht-Klassiker »Der gute Mensch von Sezuan« - irgendwie passend zur Finanz- und Wirtschaftskrise und der zuletzt aufscheinenden »Großzügigkeit« einiger Reicher, die jetzt »so gern« etwas von dem zurückgeben wollen, was sie vorher geklaut haben. Das Stück wird gespielt bis zum 6. Oktober; für Hartz IV-Leistungsbezieher_innen sowie Schüler_innen, Studierende und Auszubildende (bis zur Vollendung des 32. Lebensjahres) gibt es ein „Last-Minute-Angebot“ an der Abendkasse für alle noch vorhandenen Plätze zum Einheitspreis von 6,- Euro (Verkauf 20 Minuten vor Vorstellungsbeginn). Zum Nachdenken geben wir Euch folgenden Textauszug von Ernst Schumacher aus dem Jahr 1999 mit auf den Weg:

Dieses relativ gleichbleibende konstante Interesse am dramatischen Werk von Brecht beweist, daß das bürgerliche Theater auch Brecht "einzutheatern" wußte, ohne an seiner Seele Schaden zu nehmen und ohne in seinem Bewußtsein wirklich aufgestört zu werden. Auch Brechts Werk kann offensichtlich kulinarisch genossen werden, ohne daß sich der Genießer ideologisch infiziert. Das Nachwende-Paradox besteht darin, daß die großen Stücke Brechts durch den totalen Sieg des Kapitalismus als ökonomisches wie politisches System in ihren Grundkonflikten eine Reaktualisierung erfahren haben. Der von keiner gesellschaftlichen Alternative mehr bedrohte Kapitalismus kann sich wieder in einen Manchesterkapitalismus zurückverwandeln, für den die "soziale Marktwirtschaft" nur noch eine Tarnung ist, hinter der der "Sozialstaat" zum "Unternehmerstaat" umfunktioniert wird. [...]

In Bezug auf die Brecht-Rezeption bedeutet diese Entwicklung, daß die gesellschaftlichen Relevanzen der großen Stücke nicht nur reaktualisiert, sondern sogar gesteigert wurden, daß aber der ideale Adressat, mit ihm der ideale Zuschauer, an den Brecht dachte, für den er schrieb, für den er inszenierte, abhanden gekommen ist, nämlich ein kämpfendes Proletariat, eine sich selbst befreiende Arbeiterklasse, eine revolutionäre gesellschaftliche Avantgarde. Bei Weiterentwicklung seiner Theatertheorie in den dreißiger Jahren legte Brecht in dem Essay *Vergnügungstheater oder Lehrtheater?* dar, das Zustandekommen eines solchen Theaters "setzt außer einem bestimmten Standard eine mächtige Bewegung im sozialen Leben voraus, die ein Interesse an der freien Erörterung der Lebensfragen zum Zwecke ihrer Lösung hat und dieses Interesse gegen alle zusätzlichen Tendenzen verteidigen kann".[...]

Daniel Blatman – Todesmärsche 1944/45

Am Montag, den 24. Oktober, 19.00 Uhr in der Synagoge ist der israelische Historiker Daniel Blatman zu einer Lesung und Diskussion über sein Buch »Die Todesmärsche 1944/45« zu Gast in Celle.

Er hat das letzte Kapitel der NS-Schreckensherrschaft so akribisch erforscht wie niemand vor ihm, das Ergebnis ist verstörend: Für die in Richtung Westen aus den Konzentrationslagern Evakuierten gab es keinen Fluchort; die Häftlingstrecks gerieten mitten hinein in den allgemeinen Rückzug Millionen Deutscher aus den von der Roten Armee überrollten Ostgebieten und die Auflösung der Wehrmacht.

Bei Massakern an den ausgehungerten Juden, Kriegsgefangenen, Sinti und Roma oder Kommunisten mischten auch – wie in Celle am 8. April 1945 - viele »normale Bürger« tatkräftig mit. Außerhalb von Lagerzaun und Stacheldraht wirkten die abgerissenen Elendsgestalten auf viele Zivilisten offenbar so irritierend »anders« und »beängstigend«, dass der Impuls übermächtig war, an ihrer Beseitigung mitzuwirken – wobei es nicht einmal des von Daniel Jonah Goldhagen konstatierten »eliminatorischen Antisemitismus« bedurfte.

Wir haben Blatmans Buch im letzten Heft vorgestellt (siehe www.revista-online.info/archiv/heftarchiv.html) und meinen: hingehen. Der Eintritt ist frei.

Veranstalter ist die Rosa Luxemburg Stiftung und Rowohlt Verlag Reinbek bei Hamburg in Zusammenarbeit mit der Stadt Celle – Stadtarchiv, der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, dem Bildungszentrum HVHS Hustedt e.V., der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle e.V., der Jüdischen Gemeinde Celle e.V.



Foto: Gruppe evakuierte Häftlinge eines Lagers aus der Dachauer Gegend [siehe Blatman, S. 394]

Parallel läuft dann in der Synagoge schon die Ausstellung »Kinder im KZ Theresienstadt - Zeichnungen, Gedichte, Texte«. Die Wanderausstellung des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945 e. V. erinnert an das Schicksal der etwa 11.000 Kinder unter 15 Jah-

ren, die in das KZ Theresienstadt deportiert wurden. Sie kamen aus den jüdischen Gemeinden der ehemaligen Tschechoslowakei, aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Polen und Dänemark; die meisten wurden in Auschwitz ermordet. Den Tag der Befreiung erlebten in Theresienstadt 2440 Kinder.

In Theresienstadt entstanden Zeichnungen und Gedichte sowie Texte der Kindern, von denen 4000 gerettet werden konnten. Eine Auswahl davon steht nun im Mittelpunkt dieser Ausstellung.

Die Eröffnungsveranstaltung ist am Donnerstag, 13. Oktober 2011, 19 Uhr: **Thomas Altmeyer**, wissenschaftlicher Mitarbeiter Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945, hält einen Einführungsvortrag. Dann erzählt **Edith Erbrich**, was sie, am 28. Oktober 1937 in Frankfurt am Main als Edith Bär geboren, als Kind einer katholischen Mutter und eines jüdischen Vaters während der NS-Zeit in Frankfurt und später im Konzentrationslager in Theresienstadt erlebt hat.

Die Ausstellung läuft noch bis zum bis 6. Januar 2012.

Zum Jahrestag der Pogromnacht hat die Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit den Historiker **Arno Lustiger** am Di., den 9. November, 19.00 Uhr, in die Synagoge eingeladen. Lustiger wird sein Buch »**Rettungswiderstand - Judenretter in Europa** während der NS-Zeit« vorstellen.

Lustiger schildert darin die Bemühungen, Juden im gesamten besetzten Europa das Leben zu retten, aus einer neuen Perspektive. So erweitert er die Kriterien dessen, was in der öffentlichen Wahrnehmung unter »Judenrettung« verstanden wird: Dabei geht es nicht nur die Aktionen derer, die als »Gerechte unter den Völkern« geehrt wurden, sondern auch die in Vergessenheit geratenen Rettungsversuche von Diplomaten, Juden, Geistlichen u.a.

Auch unterscheidet Lustiger nicht zwischen erfolgreichen und missglückten Aktionen; eine Hierarchisierung der Retter findet ebenfalls nicht statt. Auf diese Weise bringt er auch die kleinen, alltäglichen Rettungsbemühungen von Einzelpersonen ebenso wie von Netzwerken ans Licht, die den Mord an den europäischen Juden nicht aufhalten konnten, die jedoch gleichwohl Widerstand gegen die Nazis bedeuteten. Vor diesem Hintergrund prägte Lustiger den Begriff »Rettungswiderstand«.

Jenseits des Wachstums

Als „Postwachstumsökonomie“ wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt. Die Postwachstumsökonomie grenzt sich von landläufigen, auf Konformität zielende Nachhaltigkeitsvisionen wie „qualitatives“, „nachhaltiges“, „grünes“, „dematerialisiertes“ oder „decarbonisiertes“ Wachstum ab. Den vielen Versuchen, weiteres Wachstum der in Geld gemessenen Wertschöpfung dadurch zu rechtfertigen, dass deren ökologische „Entkopplung“ kraft technischer Innovationen möglich sei, wird somit eine Absage erteilt. [...]

Das Konzept der Postwachstumsökonomie orientiert sich an einer Suffizienzstrategie und dem partiellen Rückbau industrieller, insbesondere global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse zugunsten einer Stärkung lokaler und regionaler Selbstversorgungsmuster. [...]

Der Weg zur Postwachstumsökonomie fußt auf fünf Entwicklungsschritten, die sich auf einen Wandel von Lebensstilen, Versorgungsmustern, Produktionsweisen und auf institutionelle Innovationen im Bereich des Umgangs mit Geld und Boden beziehen:

1. Entrümpelung und Entschleunigung. Es entspricht ökonomischer Logik in Reinform, sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen beansprucht, aber nur minimalen Nutzen stiftet. Eine solchermaßen begründete Suffizienzstrategie konfrontiert die Suche nach weiteren Steigerungen von Güterwohlstand und Komfort mit einer Gegenfrage: Von welchen Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken ließen sich übervolle Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien?

2. Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Wer von monetär basierter Fremdversorgung abhängig ist, verliert seine Daseinsgrundlage, wenn die Geld speisende Wachstumsmaschine ins Stocken gerät. Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener Fertigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen. [...]

3. Regionalökonomie. Viele Bedarfe ließen sich durch regionale Märkte, verkürzte Wertschöpfungsketten bis hin zu Konzepten wie Community Supported Agriculture (CSA) befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalisierten Transaktionen abkoppeln. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

Der Rosa Luxemburg Club Celle veranstaltet zwei Vorträge zum Thema – und zwar jeweils um 18. 30 in der Volkshochschule Celle – (Eintritt frei) und zwar am

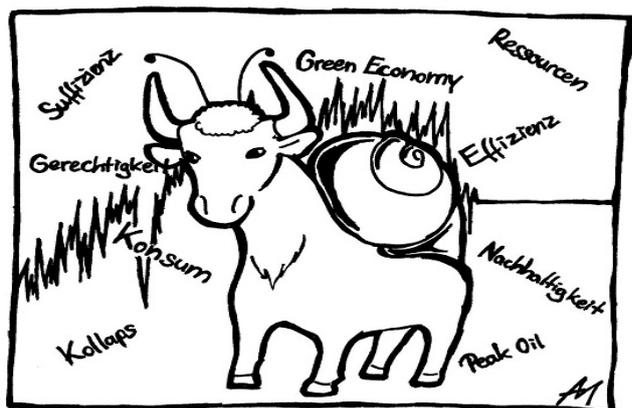
Do., 22.09.2011 mit
Prof. Dr. Niko Paech (Uni Oldenburg) zum Thema
»Grundzüge einer Postwachstumsökonomie« - und am

Do., 6.10.2011 mit
Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Uni Bremen) zum Thema
» Vorsorgendes Wirtschaften - Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum«

4. Stoffliche Nullsummenspiele. Konsumansprüche, die sich nicht entrümpeln oder durch lokale/regionale Versorgungsstrukturen substituieren lassen, bilden die weiter zu minimierende Restgröße an industrieller und ggf. globalisierter Produktion. Die damit korrespondierenden Produkte und Infrastrukturen ließen sich über noch weitgehend unausgeschöpfte Möglichkeiten der Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsinintensivierung dergestalt optimieren, dass anstelle zusätzlicher materieller Produktion die Instandhaltung und Aufwertung bereits vorhandener Artefakte träte.

5. Institutionelle Innovationen. Zur Milderung systemimmanenter Wachstumszwänge ist eine Boden- und Geldreform nötig. So könnten Regionalwährungen mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen werden. Weiterhin wäre die noch immer fehlende Abschätzung, Zurechnung und Deckelung von Umweltbeanspruchungen dadurch zu beheben, dass der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff durch individuelle CO₂-Bilanzen konkretisiert wird. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2 – 3 Tonnen), das allerdings handelbar wäre. Die Summe aller Kontingente dürfte höchstens der globalen Gesamtbelastung entsprechen, die mit der Einhaltung des Zwei-Grad-Klimaschutzziels vereinbar wäre.

Auszüge aus: Niko Paech, Grundzüge einer Postwachstumsökonomie (www.postwachstumsoekonomie.org)





Kino 8 ½ im Sept./Okt.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



23. und 24. September

DIE FRAU, DIE SINGT

Zwillingen wird von ihrer verstorbenen Mutter ein seltsames Erbe anvertraut: Sie sollen Briefe an den Vater, den sie bisher für tot hielten, und an einen Bruder überbringen, von dem sie nichts wussten. Dies führt beide in Nahen Osten, wo Leiden und Traumata ans Licht kommen, da das Schicksal der Mutter von Bürgerkrieg, Gewalt und Folter geprägt war. Eine auf zwei Zeitebenen angesiedelte Suchbewegung, deren Zugriff auf die reale Historie zur Tragödie um Schuld und schicksalhafte Verstrickungen wird. Der politisch konkrete Stoff wandelt sich dadurch zum universalen Menschheitsdrama, das mit großer emotionaler Wucht die verheerende Destruktivität bewaffneter Konflikte beklagt.

Kanada/Frankreich 2009, 133 Minuten

30. September und 02. Oktober (!)

THE TREE OF LIFE

Szenen einer Kindheit und Jugend in den 1950er-Jahren in einem texanischen Städtchen, in dem drei Brüder zwischen väterlicher Strenge und mütterlicher Güte heranwachsen. Die Familie zerbricht, als der mittlere Sohn im Vietnam-Krieg ums Leben kommt. Auch Jahrzehnte später grübelt der Älteste über seine Herkunft und den Sinn des Lebens. Eingebettet ist diese spirituelle Suche in eine bildgewaltige, polyphone Reflexion, die das Einzelschicksal in einen umfassenden kosmologischen Gesamtzusammenhang einbindet, der vom Urknall bis zum Jüngsten Gericht reicht. Ein hypnotisch-elegischer, ebenso vermessener wie einzigartiger Versuch, die Sehnsucht nach Aussöhnung mit den Brüchen der individuellen Existenz in einen kosmisch-religiösen Rahmen einzupassen.

USA 2011, 138 Minuten

01. (20.30) und 02. Oktober (11.00)

LITTLE ALIEN

Zwei osteuropäische Teenager flüchten unter lebensgefährlichen Umständen nach Österreich und werden von den Grenzbehörden verfolgt. Andere Jugendliche haben die Flucht geschafft und wollen in Österreich ihr Leben neu gestalten. Zwei von ihnen leben in Wien und hoffen auf Asyl. Ihre traumatischen Erfahrungen des Verlusts, die Sehnsucht nach ihren Familien und der Blick in eine ungewisse Zukunft prä-

gen ihren schweren Neuanfang. Der Dokumentarfilm ergänzt seine Beschreibungen durch schlaglichtartige Momentaufnahmen anderer flüchtender Jugendlicher, in der spanischen Exklave Ceuta in Nordafrika, am Hafen von Patras in Griechenland oder im marokkanischen Tanger.

Österreich 2009, 94 Minuten

In Kooperation mit dem Arbeitskreis Ausländer Celle und dem Diakonischen Werk Celle im Rahmen von "Toleranz fördern - Kompetenz stärken". – Eintritt frei !

07. und 08. Oktober

VIER LEBEN

In der Abgeschiedenheit der kalabrischen Berge verrichtet ein alter Ziegenhirte sein Tagwerk. Eine kleine Ziege wird geboren und wächst auf. Eine mächtige alte Tanne trotz den Jahreszeiten und wird gefällt, um beim Ritus eines Dorffests verwendet zu werden. Köhler verwandeln Holz nach traditionellem Verfahren in Kohle. Aus vier Kapiteln, vier Existenzen, die sich innerhalb der kargen Natur entfalten, destilliert die Inszenierung einen stillen, enigmatisch-kontemplativen Film, der mit unpräzisen Bildern die Lebensumstände in der süditalienischen Bergwelt erkundet und zum Nachdenken und Philosophieren über den Kreislauf des Lebens sowie das Miteinander von Mensch und Natur anregt.

Italien 2010, 88 Minuten

14. und 15. Oktober

BARLEY'S VERSION

Romanverfilmung um Leben und Lieben eines jüdischen Fernsehproduzenten in Montreal. Während der (Anti-)Held in der Rahmenhandlung unter dem Verdacht steht, seinen besten Freund erschossen zu haben, und zudem von seiner großen Liebe verlassen wurde, werden in Rückblenden sein turbulenter Lebensweg und seine vielfältigen Beziehungen aufgerollt. Das geschickt zwischen witziger Satire und berührendem Drama vermittelnde Porträt feiert das Scheitern als notwendigen Teil eines voll ausgelebten Lebens und überzeugt mit vorzüglichen Darstellern.

Kanada 2011, 134 Minuten

21. und 22. Oktober

NADER UND SIMIN - Eine Trennung

Während seine Ehefrau den Iran verlassen möchte, entscheidet sich ein Mann aus dem Mittelschicht fürs Bleiben, um seinen alten Vater nicht im Stich zu lassen, worüber sich das Paar vorläufig trennt. Für die Betreuung des alten Mannes wird eine Frau aus armen, religiös orthodoxen Verhältnissen angestellt. Eine Reihe unglücklicher Vorfälle führt dazu, dass sich die Pflegekraft und der Mann bald vor Gericht gegenüberstehen. Es beginnt ein spannungsgeladener Prozess der Wahrheitsfindung. Eine genau beobachtende Studie alltäglicher Lebensumstände und familiärer wie sozialer Risse, die in Gestalt eines klug aufgebauten "Krimis" eine zutiefst verunsicherte, von moralisch-religiösen Zwängen überfrachtete und gesplante Gesellschaft beschreibt.

Iran 2011, 123 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 22. September, 18.30

Grundlagen einer Postwachstumsökonomie

Niko Paech (Uni Oldenburg)

Vortrag – mehr auf S. 29

Veranst.: Rosa Luxemburg Club in Koop. mit RLS Niedersachsen

Volkshochschule Celle, Trift 20
Eintritt frei

So., 25. September, 15.00

Vernissage der Sonderausstellung „Erzähl mir die Wahrheit“ – Kinder- und Jugendliteratur zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust

Einführungsvortrag von Ute Becker (Kuratorin)

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Do., 29. September, 19.00

Islamfeindlichkeit

Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen

Vortrag von Dr. Angelika Königseder

Leider müssen wir feststellen, dass Akteure / Akteurinnen im politischen Raum eine Stigmatisierung von ganzen Bevölkerungsgruppen betreiben und auf diese Weise eine Stimmung der Abwertung und Ausgrenzung von Menschen erzeugt wird. Einer Spaltung der Gesellschaft wird dadurch Vorschub geleistet. Sogenannte „Islamkritiker“ bedienen sich dazu gerne Reizthemen wie Terrorismus mit muslimischen Hintergrund, „Ehrenmorde“, Zwangsehen, das Kopftuch oder Moscheebauten.

Concordia Gemeinde, Hannoversche Str. 51, Eintritt frei.

Veranst.: AK Ausländer, Concordia Gemeinde und Diakonisches Werk

So., 2. Oktober, 11.30

Demonstration in Grohnde

Abfahrt Celle Bahnhof um 11.47; mehr siehe S. 18

Veranst.: Forum gegen Atomenergie

Do., 6. Oktober, 18.30

Vorsorgendes Wirtschaften - Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum

Adelheid Biesecker (Uni Bremen)

Vortrag – mehr auf S. 29

Veranst.: Rosa Luxemburg Club in Koop. mit RLS Niedersachsen

VHS Celle, Trift 20, Eintritt frei

So., 10. Oktober, 19.30

"Rammstein - filmisch"

Vortrag von Dieter Weber

»Rammstein« nutzt das Medium Film um neue Bedeutungsebenen in ihre Lieder einzuführen – inklusive der bekannten Irritationen und Provokationen. Die Clips bieten aufwändig produziertes Filmhandwerk, das Vorbilder zitiert.

Kino 8 ½, Eintritt frei

Mi., 13. Oktober, 19.30

Ausstellungseröffnung: Kinder im KZ Theresienstadt - Zeichnungen, Gedichte, Texte

Einführungsvortrag: Thomas Altmeyer, Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945, anschl. Bericht der Zeitzeugin Edith Erbrich

Synagoge, Eintritt frei

Mi., 19. Oktober, 19.30

Yellow Cake – Die Lüge von der sauberen Energie

Film über die Folgen des Uranabbaus für Atomkraftwerke; mehr auf S. 18

Kino 8 ½, Eintritt frei

Mo., 24. Oktober, 19.00

Daniel Blatman

Die Todesmärsche 1944/45

Buchvorstellung – mehr auf S. 24/25

Synagoge. Im Kreise 24
Eintritt frei, Spenden erwünscht

Mi., 26. Oktober, 19.00

Eine neue Form des Neonazismus - Autonome Nationalisten

Referent: Jan Schedler, Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Er hat Anfang 2011 gemeinsam mit Alexander Häusler einen Sammelband zum Thema „Autonome Nationalisten“ herausgegeben.

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus & Diakonisches Werk

Urbanus-Rhegius-Haus, Eintritt frei

Do., 10. November, 19.00

Martin Guse

Vortrag zu »Swing Kids im NS«

Veranst.: VVN/BdA in Koop. mit Rosa Luxemburg Club

Kunst & Bühne

Mi., 09. November, 19.00

Arno Lustiger

Judenretter in Europa während der NS-Zeit

Buchvorstellung – mehr auf S. 28

Veranst.: Ges. f. Chr.-Jüdische Zusammenarbeit

Synagoge. Im Kreise 24
Eintritt frei, Spenden erwünscht

Do., 10. November, 19.00

Swing Kids (Film)

Nazi Deutschland 1939: Eine Gruppe jazzbegeisterter Jugendlicher, die "Swing Kids", wagen es, sich gegen Hitlers Terrorregime aufzulehnen. Die beiden Freunde Peter und Thomas müssen sich entscheiden: Entweder verteidigen sie ihre individuelle Freiheit oder sie marschieren mit den Massen...

Veranst.: VVN/BdA in Koop. mit Rosa Luxemburg Club

Kino 8 ½, Eintritt frei

Kunst & Kultur

Fr., 16. September, 21.00

Freedom – The Party

CD Kaserne, AK 3,00

So., 17. September, 21.00

Die Lange Nacht des Hörspiels

Buntes Haus, kein Eintritt

Di., 20. September, 20.00

John Campell John

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 23. September, 21.00

Neue Jazz Initiative SESSION

Special Guest: **Arne Pünter** (sax.)

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 23. September, 21.00

Achtung Baby

U 2 Tribute Band

CD Kaserne, 14,00 / VVK 12,90

So., 25. September, 20.00

Alias Julius & Jimmie James

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 26. September, 20.00

Patricia Vonne

Cafe Wichtig, Eintritt frei

Fr., 30. September, 20.00

Olaf Kordes Trio – mit

Jazz mit »Bach & more«

Stadtkirche Celle, 15,00

Fr., 30. September, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Mi., 05. Oktober, 20.00

Rudy Rotta

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 07. Oktober, 20.00

Klaus Heidenreich Quartett

Kunst & Bühne, 10,00

Fr., 07. Oktober, 21.00

Pink (Tribute Show)

CD Kaserne, 14,00 / VVK 12,90

So., 09. Oktober, 20.00

Stephan Sulke

CD Kaserne, 18,00 / VVK 15,90

Di., 11. Oktober, 20.00

Rob Tognoni

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 17. Oktober, 20.00

Tommy Scheller

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 28. Oktober, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Fr., 28. Oktober, 20.00

CAJUN & ZYDECO FESTIVAL

«The Sound from Louisiana»

Hof Wietfeld, AK 25,00, VVK 20,00

Di., 01. November, 20.00

Geoff Achinson

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mo., 07. November, 20.00

J.W. Jones

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 12. November, 19.30

Poetic Klezmer mit Di Finkelstein

Kapelye

Annette Siebert (Geige), Thomas Siebert (Oboe, Klarinette und Bassethorn) und Franka Lampe (Akkordeon)

Synagoge. Im Kreise 24

Eintritt: 13,00 / 11,00

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Attac-Plenum

jeden 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)

jeden 1. und 3. Di. im Monat,
18.30 Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

jeden 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr